

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis: 3.00 RM. monatlich, 1.10 RM. wöchentlich...

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

N O S W

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Sonnabend, den 5. Dezember 1914.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Tattische Erfolge in Flandern, Ober-Elfaß und Ostpreußen.
Andauern der deutschen Offensive in Polen.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Der amtliche französische Tagesbericht.

Paris, 3. Dezember. (W. T. V.) Der amtliche Bericht von 3 Uhr nachmittags befragt: In Belgien ziemlich heftige Kanonade gegen Neuport und südlich Ypern; die Ueberschwemmung erstreckt sich südlich von Dixmuiden zwischen dem Sys und der Somme; heftige Beschließung von Kignoullette. Ruhe auf der Front an der Somme, Aisne und in der Champagne. In den Argonnen wurden mehrere Angriffe des Feindes zurückgeworfen. Wir rückten ein wenig vor. In Boevre zeigte die deutsche Artillerie eine gewisse Tätigkeit, doch sind die Ergebnisse unbedeutend. In Lothringen und in den Vogesen nichts von Bedeutung.

Freiwillige Räumung von Oberaspach.

Berlin, 4. Dezember. (W. T. V.) Zu der amtlichen Pariser Meldung vom 2. Dezember, daß französische Truppen im Elfaß Oberaspach und Niederaspach erobert hätten, erfahren wir von maßgebender Seite, daß es sich bei Oberaspach lediglich um eine Postierung handelt, die von unseren Truppen freiwillig geräumt worden ist, ein Ereignis ohne jeden Belang. Niederaspach ist nach wie vor in deutschen Händen.

Feindliche Flieger über Freiburg.

Karlsruhe, 4. Dezember. (W. T. V.) Feindliche Flieger warfen heute mittag in der Nähe von Freiburg (Breisgau) Bomben ab, anscheinend vier. Es schien auf einen Bahnübergang abgesehen zu sein.

Ein angeblicher Fliegerangriff auf die Krupp'schen Werke.

Londoner Blätter melden, daß Flieger auf die Krupp'sche Fabrik in Essen Sprenggeschosse geworfen hätten. Es sei aber nicht bekannt, ob Schaden angerichtet worden sei. Die Flieger seien unversehrt. In Essen ist in der Fabrik selbst von diesem Fliegerbesuch nichts bekannt.

Abwehrmaßnahmen gegen eine deutsche Truppenlandung.

London, 4. Dezember. (W. T. V.) „Daily Mail“ meldet aus Norwich: An der Ostküste werden ausgedehnte Vorbereitungen gegen einen deutschen Angriff getroffen. Jedes Dorf hat einen Ausschuss gebildet, der sich mit den zu ergreifenden Maßnahmen beschäftigen soll, um die Folgen eines deutschen Einfalles abzumildern und die Zivilbevölkerung zu schützen. Man glaubt nicht, daß eine Landung der Deutschen an dieser Stelle möglich sei, hält es jedoch für gut, für alle Fälle vorbereitet zu sein.

Weitere Rüstungen in Kanada.

London, 4. Dezember. (W. T. V.) „Times“ melden aus Toronto: Amtlich wird verlautbart, daß für das dritte Truppenkontingent in Westkanada fünf Kavallerie-Regimenter und neun Infanterie-Regimenter, in Ostkanada vier Kavallerie-Regimenter und zehn Infanterie-Regimenter aufgestellt werden. Die Gesamtzahl der neuen Truppen beläuft sich auf 81 700 Mann.

Die Revolte der Belgier im Lager von Zeist.

Amsterdam, 3. Dezember. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Im Interniertenlager in Zeist befinden sich 11 000 Belgier, die von 1000 Holländern bewacht werden. Seit einigen Tagen herrscht in dem Lager ziemlich Aufregung, die wohl zum Teil mit dem Beschäftigungsmangel zusammenhängt, über den sich fälschlich die Internierten beim Parteivorstand der Arbeiterpartei beklagten. Die Aufregung wurde noch verschärft durch einen gestern erfolgten vergeblichen Fluchtversuch zweier Internierter, die sich Zivilkleider verschafft hatten. Abends verlachte die elektrische Leitung. Nach einigen Berichten soll der Draht durchschnitten worden sein. Die Unruhen dauerten die ganze Nacht hindurch. Die Kammer wurde verwüstet. Heute früh wurde der Aufruhr allgemein. Die Internierten versuchten, den Haupteingang zu erzwingen. Nach sechs-maliger Warnung befehli der Lagerkommandeur, Feuer zu geben. 7 Mann wurden getötet, 22 verwundet, darunter 6 schwer. Um 2 Uhr war der Aufruhr unterdrückt. Die Gründe zum Aufruhr sieht man in

Die Meldung des Großen Hauptquartiers

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 4. Dezember 1914, vormittags. (W. T. V.)

Auf dem westlichen Kriegsschauplatz wurden französische Angriffe gegen unsere Truppen in Flandern wiederholt abgewiesen, ebenso in Gegend nordwestlich Altkirch, wo die Franzosen bedeutende Verluste hatten.

Auf dem östlichen Kriegsschauplatz sind feindliche Angriffe östlich der Masurischen Seenplatte unter großen Verlusten für die Russen abgeschlagen.

Unsere Offensive in Polen nimmt normalen Verlauf.

Oberste Heeresleitung.

Wilhelm II. in Berlin.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 4. Dezember 1914, vormittags. (W. T. V.)

Seine Majestät der Kaiser ist gestern abend zu kurzem Aufenthalt in Berlin eingetroffen.

Oberste Heeresleitung.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 4. Dezember. (W. T. V.) Amtlich wird verlautbart: 4. Dezember mittags. In den Karpathen, in Westgalizien und in Südpolen verlief der gestrige Tag im allgemeinen ruhig. Die Kämpfe in Nordpolen dauern fort. Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabs, v. Quefer, Generalmajor.

der Weigerung der Internierten, den ihnen aufgetragenen Barackenbau auszuführen, weil hierdurch die holländischen Arbeitslosen gefährdet würden. Andererseits soll der Aufruhr durch das Verbot des Verkaufs der Frauen hervorgerufen sein. Dieses Verbot wurde vom Kommandanten verweigert, weil die Frauen Zivilkleider einschmuggelten. Einen politischen Charakter hat der Aufruhr nicht. Die letzte Ursache ist zweifellos die typische Neurose der unter Zwang stehenden, die in der französischen Kolonialarmee mit Casard bezeichnet wird.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Japanisches Artilleriematerial für Rußland.

Frankfurt a. M., 4. Dezember. (W. T. V.) Die Frankfurter Zeitung meldet aus Tokio: Der russische General Gernonius hat mit japanischen Artilleriewerkstätten einen Lieferungsvertrag für achtundvierzig Batterien abgeschlossen.

Vom österreichisch-serbischen Kriegsschauplatz.

Serbische Rückzugsgesichte.

Wien, 4. Dezember. (W. T. V.) Vom südlichen Kriegsschauplatz wird amtlich gemeldet: 4. Dezember. Die Besitzergreifung von Belgrad erfolgte gestern in feierlicher Weise. Der Vormarsch unserer Kräfte geht am nördlichen Teile der Front kampflos vorwärts, wobei gestern dreihundert Mann zu Gefangenen gemacht wurden. Westlich und südwestlich von Aradjelowatz stellen sich dem Vordringen unserer Truppen starke feindliche Kräfte entgegen, welche durch heftige Angriffe, die insgesamt abgewiesen wurden, versuchten, den Rückzug der serbischen Armee zu decken.

Ausfall der Wahlen in den Vereinigten Staaten.

New York, 7. November. (Eig. Ber.)

Endlich ist das Resultat der am letzten Dienstag vorgenommenen Wahlen so ziemlich bekannt. Charakterisiert wird es durch den weiteren Aufstieg der Sozialdemokratie, durch die Zertrümmerung der progressiven und den Rückgang der demokratischen Partei, wenn diese auch im Repräsentantenhaus noch knapp die Mehrheit behaupten konnte.

Eine Enttäuschung blieb auch uns Sozialisten nicht erspart. Der Genosse Berger, der 1910 bis 1912 als Vertreter des zweiten Wahlkreises von Milwaukee dem Repräsentantenhaus (zweite Kammer des Bundesparlaments) angehörte, unterlag abermals. Hierzulande entscheidet, wie bei fast allen Wahlen, so auch bei denjenigen zum Kongreß (Bundesparlament) die relative Mehrheit. Nun hatten die Demokraten und die Republikaner Milwaukee wie 1910 so auch diesmal im Gegenzug zu 1912 eigene Kandidaten aufgestellt. Aber vier Tage vor der Wahl trat der demokratische Bewerber zugunsten des Republikaners von seiner Kandidatur zurück und bereitete dadurch die anderenfalls sichere Wahl Bergers.

Dafür schied der auf der unteren Ostseite von Manhattan gelegene 12. Kongreßwahlkreis von New York in dem Anwalt Wener London zum ersten Male einen Sozialisten ins Repräsentantenhaus, so daß unsere Partei noch zweijähriger Unterbrechung wieder im Kongreß vertreten ist.

In der Legislatur (Landtag) von Wisconsin (in diesem Staate liegt Milwaukee) sitzen künftig 8 (bisher 6) Abgeordnete und 1 Senator (Oberhausmitglied). Der Ausfall der Wahlen schlug dem Ordnungsbrei von Wisconsin derartig auf die Nerven, daß er bereits den Erlaß eines Gesetzes ankündigte, welches die bürgerlichen Parteien zu einer Koalition gegen die Sozialdemokratie zwingen soll. Ein ähnliches Gesetz gilt bereits für die Kommunalwahlen in Milwaukee.

Die glänzendsten Erfolge erzielten wir in dem Staate Oklahoma, der drei sozialistische Landtagsabgeordnete und zwei sozialistische Senatoren in sein bisher „sozialisten-reines“ Parlament erkor. Die sozialistische Stimmzahl stieg von 42 000 vor zwei Jahren auf über 70 000 bei insgesamt 220 000 abgegebenen Stimmen. Während in den Vereinigten Staaten 1908 424 000 und vier Jahre später 921 000 sozialistische Stimmen abgegeben wurden, sind es diesmal weit über eine Million (die genaue Zahl ist noch nicht ermittelt), obwohl die Wahlbeteiligung am Dienstag weitaus geringer war als vor 2 Jahren und obwohl die Aufstachelung der chauvinistischen Leidenschaften anlässlich des Weltkrieges in den das „Sammelbecken der europäischen Auswanderung“ bildenden Vereinigten Staaten uns großen Abbruch tat.

Trotz der schon mehrfach geschilderten hinduslawischen Treibereien in Butte und trotz des Zwiespalts in der dortigen Bergarbeiterorganisation gelang es den dortigen Genossen, die beiden Abgeordnetenmandate und den einzigen Senats-sitz von Silver County zu erobern und damit in das Parlament von Montana einzudringen.

In Pennsylvania und in Minnesota gewannen wir je ein, in Kalifornien drei (4 statt bisher 1) Abgeordnetenmandate, in Minnesota außerdem ein Senatsmandat. Unter den sozialistischen Volksvertretern Kaliforniens befindet sich eine Frau, die Genossin Estelle Lawton Lindsen. In Illinois behaupteten wir unsere drei, in Kansas und Massachusetts je ein Abgeordnetenmandat. Alles in allem brachten die Sozialisten 1 (bisher keinen) Repräsentanten, 22 (bisher 15) Landtagsabgeordnete und 4 (bisher 1) Staats-senatoren durch. Zahlreiche Erfolge sind bei den County- (Bezirks-) und Kommunalwahlen zu verzeichnen.

Die Verschiebungen innerhalb des Lagers der bürgerlichen Parteien kommen in der Zusammenlegung des Repräsentantenhauses zum Ausdruck. Denselben gehören in der nächsten, am 4. März 1915 beginnenden Legislaturperiode 1 (bisher kein) Sozialdemokrat, 227 (gegenwärtig 290) Demokraten, 200 (127) Republikaner, 6 (17) Progressive (das sind die Anhänger Roosevelts) und ein Prohibitionist (Anhänger des Verbots der Herstellung und des Verkaufs alkoholischer Getränke) an. Der nächste Bundes-senat setzt sich aus 53 Demokraten und 43 Republikanern (gegenwärtig 51 Demokraten und 45 Republikaner) zusammen. Die Bundes-senatoren wurden zum ersten Male in direkter Wahl erkoren. (Alle drei Jahre scheidet ein Drittel der Mitglieder aus dem

Bundesrat aus.) Die Gouverneurswahlen brachten den Republikanern auf Kosten der Demokraten einen geringen Gewinn.

Die Einführung des Frauenwahlrechts wurde von den Wählern des Staates Montana beschlossen, von denen der Staaten Ohio, Missouri, Nebraska, North Dakota, South Dakota und Nevada abgelehnt. Außer Montana haben das Frauenwahlrecht Wyoming (seit 1869), Colorado und Utah (seit 1893), Idaho (seit 1896), Washington, Kalifornien, Arizona, Kansas und Oregon (seit 1912).

Obwohl die Wähler an und für sich nicht geneigt waren, während des Weltkrieges einen Kurswechsel zu diktiert, kam die Niederlage der Demokraten nicht überraschend. Zurückzuführen ist sie in der Hauptsache auf das von den Demokraten in den zwei Jahren ihrer Herrschaft mit dem Volke getriebene Geschäft, für welches ein Teil der Wählerchaft ohne weiteres die jeweils am Ruder befindliche Partei verantwortlich macht. Am meisten haben die Demokraten in den Industriestaaten, nämlich in New-England, New York, Pennsylvania, Illinois und Ohio verloren, während sie in den mit einer außerordentlich reichen Ernte gesegneten Agrarstaaten des Westens verhältnismäßig gut abkamen.

Daneben wurde das Ergebnis der diesjährigen Wahlen ebenso wie derjenigen von 1912 durch das Schicksal der progressiven Partei beeinflusst, welche, vor zwei Jahren von dem gekräftigten Ehrgeiz des Erzdemonagogen Theodore Roosevelt ins Leben gerufen, sich am Dienstag an der Wahlurne ihren jämmerlichen Zusammenbruch attestieren lassen mußte. 1912 vereinte Roosevelt bei der Präsidentschaftswahl 1 119 507, der republikanische Kandidat Taft nur 3 484 936 Stimmen auf sich. Typisch für den Rückgang der progressiven Stimmenzahl ist das Verhältnis im Staate New York, wo vor zwei Jahren 393 000, am Dienstag dagegen nur 45 000 Stimmentzettel auf den Namen des progressiven Gouverneurskandidaten lauteten.

Nur eine schwache Minderheit der progressiven Wähler von 1912 lehrte der republikanischen Partei den Rücken, um sich aus ehrlicher Ueberzeugung um das Banner der mit einem bürgerlich-radikalen und anerkanntswerten sozialpolitischen Programm aufgedupelten Partei Roosevelts zu scharen. In der Hauptsache setzte sich die progressiv Gefolgschaft vor zwei Jahren aus reinen Roosevelts-Enthusiasten und aus gewissenlosen Berufspolitikern zusammen, welche an den naiven Untergang der republikanischen Partei und an einen dauernden Erfolg des reklametüchtigen Raubreiters glaubten und sich beizeiten einen Platz an der Krippe sichern wollten.

Schon letztes Jahr setzte die Rückkehr der persönlichen Verehrer Roosevelts und der progressiven Geschäftspolitiker zu ihrer alten Liebe, der republikanischen Partei, ein. Diese Rückwanderung scheint nun ziemlich abgeschlossen zu sein. Dabei hat sich die republikanische Partei inzwischen nicht im geringsten zu ihrem Vorteil verändert.

Obwohl nur eine flüchtige Erscheinung, hat die parteipolitische Schöpfung Roosevelts doch eine bedeutende Aufgabe erfüllt. Sie hat breite Massen, welche für unsere Agitation noch auf geraume Zeit hinaus unerreichtbar gewesen wären, mit sozialistischen Gegenwartsforderungen wie denjenigen nach der Einführung des Referendums, der Initiative, der Abziehbarkeit der Beamten durch das Volk, der politischen Gleichberechtigung der Angehörigen der beiden Geschlechter, eines ausgiebigeren Arbeiterschutzes, so insbesondere der gesetzlichen Maximalarbeitszeit, des gänzlichen Verbots der Kinderarbeit, eines Minimallohnes usw. bekannt gemacht.

In den Rahmen der Trümmer der progressiven Partei passen deren jüngste Eroberungen in dem erareaktionären Südstaate Louisiana, in dem noch der unverfälschte Geist der Sklavhalter herrscht, schlecht hinein. Verärgert über die Aufhebung des Zuckersolles durch die Demokraten, lehrte die Roterie der Zuckerröhrenplantagenbesitzer und Zuckerröhrenfabrikanten von Louisiana der demokratischen Partei den Rücken. Und es ist bezeichnend für ihre übrigens völlig zutreffende Bewertung Roosevelts, daß sie, die ostelbischen Junker in amerikanischen Großformat, nicht zu den offen scharfmacherischen und rabiat-hochschützöllnerischen Republikanern, sondern zu den Progressiven übergingen, deren „Schöpfer“, der politische Ober-Barnum Roosevelt, ihnen weisensverwandter als die Hilles, Cannon, Verrose usw. dünkte.

Louisiana, über ein halbes Jahrhundert lang eine unerschütterliche Hochburg des rückständigsten Flügels der demokratischen Partei, ist der einzige Staat, in welchem die Progressiven einen Gewinn an Wählerstimmen zu verzeichnen haben. Dort nahmen sie den Demokraten eins der neun Repräsentantenhausmandate ab. Andererseits zeugen nur noch kümmerliche Trümmer von der Herrlichkeit des stolzen Baues, den Teddy Roosevelt vor drei Jahren aus republikanischem Material errichtete.

Der republikanische Wahlerfolg ist weniger auf einen verhältnismäßigen Rückgang der demokratischen Stimmen als auf die Massenzurückkehr progressiver Wähler in die Reihen der Republikaner zurückzuführen.

Der Seekrieg.

Die Verluste der englischen Marine.

London, 4. Dezember. (W. Z. V.) Die Admiralität veröffentlichte eine neue Verlustliste. Danach verlor die Marine seit Beginn des Krieges 308 Offiziere, 7033 Mann, darunter 220 Offiziere und 4107 Mann tot.

Englands Nachgiebigkeit gegen Amerika.

Washington, 4. Dezember. (W. Z. V.) Meldung des Reuterischen Bureaus. Der britische Botschafter hat dem Staatsdepartement eine Note überreicht, in der erklärt wird, daß England nicht beabsichtigt, die amerikanische Schifffahrt durch Durchsuchen nach Konterschande aufzuhalten. Ein freundschaftlicher Vergleich sei wahrscheinlich, wenn die amerikanischen Reeder auf den Frachtbriefen deutlich angeben, daß, wenn Kupfererz zugleich mit einer leichten Ladung wie zum Beispiel Fleisch zugelassen würde, um als Ballast zu dienen, dieses nicht zur Durchfuhr durch neutrale Länder nach Deutschland und Oesterreich-Ungarn bestimmt sei.

Der Krieg und die Kolonien.

Die Kämpfe am Kongo.

Bordeaux, 4. Dezember. (Z. U.) Hier liegen weitere Informationen über die französisch-belgischen Operationen im Kongogebiet vor. Ein Einfallversuch belgischer Truppen unter Oberst Jenty wurde von den deutschen Grenzposten bei Kison-Guë nördlich des Kivu-Sees blutig zurückgewiesen, doch gelang es den Belgiern,

auf Umwegen das deutsche Gebiet zu erreichen. Am 20. Oktober stieß eine starke belgische Kolonne unter dem Hauptmann Rose auf deutsche Streitkräfte, die sich jedoch vor der Uebermacht zurückzogen. Nord-Ubangi und Mittelkongo wurden gleichfalls von belgisch-französischen Kolonnen besetzt. Es kam nur zu kleineren Gefechten, da die deutschen Streitkräfte offenbar sämtlich den Befehl erhalten hatten, sich nach dem Norden zurückzuziehen und dort zu einer größeren Abtheilung zu ver sammeln. Die Franzosen wollten versuchen, die Verbindungen abzuschneiden.

Die japanische Kriegsbeute in Kiautschou.

Tokio, 3. Dezember. (W. Z. V.) Meldung des Reuterischen Bureaus. Das Hauptquartier meldet, daß bei der Einnahme von Tsingtau zweitausendfünfhundert Gewehre, hundert Maschinengewehre, zwölftausend Pfund Sterling Geld, fünfzehntausend Tonnen Zinkkohlen und vierzig Automobile erbeutet worden sind. Alle Schiffe sind vernichtet worden. Die Vorräte hätten ausgereicht, fünfzehntausend Mann drei Monate zu ernähren.

Der türkische Krieg.

Das türkische gegen das russische Hauptquartier.

Konstantinopel, 4. Dezember. (W. Z. V.) Das Hauptquartier veröffentlichte gestern folgendes Communiqué: Nach russischen amtlichen Mittheilungen vom 20. November wäre die Sinai-Halbinsel von unseren Truppen vollständig geräumt worden. Ferner sollen zwei unserer an der kaukasischen Grenze operierenden Divisionen in ihrem Besitze auf die Hälfte gesunken, einige unserer Bataillone vollständig vernichtet sein. Es wird behauptet, ein Divisionskommandeur sei getödtet und ein zweiter sei desertirt. Der für uns siegreich verlaufene Kampf in aller nächster Nähe des Suezkanals zwischen unseren Truppen und den Engländern, der damit endete, daß auf Seite der Engländer zwei Offiziere und zahlreiche Soldaten getödtet wurden und eine große Zahl von Gefangenen in unsere Hände fiel, genügt um zu beweisen, daß die Sinaihalbinsel sich in unserem Besitze befindet. Was die Meldungen von ungeheuren Verlusten unserer an der kaukasischen Grenze kämpfenden Einheiten und den Tod eines Divisionskommandeurs betrifft, so sind sie vollständig falsch. Die Meldung von der Desertion eines Divisionskommandeurs verdient nicht einmal demontirt zu werden. Die in Tiflis aus russischer Quelle verläumdete Nachricht, daß ein deutscher General und vierzehn andere deutsche Offiziere sowie drei österreichisch-ungarische Offiziere, die sich unter den am 24. November in den Kämpfen an der kaukasischen Grenze gemachten Gefangenen befinden sollen, in Tiflis eingetroffen seien, ist gleichfalls reine Erfindung.

Ein türkischer Erfolg.

Konstantinopel, 4. Dezember. (W. Z. V.) Der amtliche Bericht des Generalkommandos teilt mit, daß die türkischen Truppen einen großen Erfolg in der Zone des Flusses Tschorokh davongetragen haben. Einzelheiten folgen.

Australische Truppenlandungen in Aegypten

London, 4. Dezember. (W. Z. V.) Meldung des Reuterischen Bureaus. Amtlich wird berichtet: Australische und neuseeländische Truppen sind in Aegypten eingetroffen, wo sie an der Landesverteidigung teilnehmen und ihre Ausbildung vollenden sollen. Sie werden später nach Europa an die Front geschickt werden.

Kämpfe in Marokko.

Lyon, 3. Dezember. (W. Z. V.) Der „Nouveliste“ meldet aus Tanger: Am 27. November haben französische Truppen in der Nähe von Taza die aufständischen Marokkanerstämmen angegriffen, die zurückgeschlagen wurden und hinterlassend beträchtlicher Beute und einer Anzahl von Toten und Verwundeten in die Berge fliehen mußten. Die französischen Truppen hatten 20 Tote und 25 Verwundete.

Vom südafrikanischen Kriegsschauplatz.

Vom Burenaufstand.

Prätorien, 4. Dezember. (W. Z. V.) Meldung des Reuterischen Bureaus. Kommandant Crowther meldet, daß eine seiner Patrouillen am Sonnabend an der Grenze des Distrikts Ladybrand die Kommandanten Krynan und Wessels sowie vierzehn andere Buren gefangen genommen und Waffen, Munition, Lebensmittel und Pferde erbeutet habe.

Prätorien, 4. Dezember. (W. Z. V.) Meldung des Reuterischen Bureaus. Amtlich wird gemeldet: Kommandant Dupreez vom Kommando in Bred hat einen Bericht gesandt, nach dem Kommandant Emmett vom Kommando in Brubeld am 29. November eine Stellung einnahm, welche die Brücke über den Wiljafluß bei Stjldriff, fünfunddreißig Meilen südwestlich von Bredde, beherrschte. Am Abend machte der Burengeneral Wessels einen Angriff. Das Gefecht dauerte bis 3 Uhr früh. Die Buren wurden zurückgeschlagen. Sie verloren drei Tote, unter diesen Major Dosthuizen, und achtzehn Verwundete, unter ihnen Feldkornet Botha. Emmett hatte einen Schwerverwundeten und vier Leichtverwundete. Dem Burengeneral Wessels wurde das Pferd unter dem Weibe weggeschossen, Wessels selbst entkam unverwundet. — Oberst Dirk van Deventer berichtet, daß Kommandant Trichardt weitere vierzehn Gefangene gemacht habe.

Prätorien, 4. Dezember. (W. Z. V.) Meldung des Reuterischen Bureaus. Amtlich wird gemeldet: Ein Burenkommando unter Koutenbach, das südlich Bethlehem operierte, ist geschlagen worden. Oberstleutnant Dawson, der einen Teil der Streitkräfte des Generals Lukin befehligte, fand die Buren in einer Stellung am Postop, fünf Meilen westlich von Windhof; er vertrieb sie aus ihrer Stellung. Die Buren hatten sieben Tote. Koutenbach und dreißig andere Buren wurden gefangen genommen, der Rest wurde nach Wiljaflyng versetzt.

Eine falsche Reuter-Meldung.

Amtlich. Berlin, 4. Dezember. (W. Z. V.) Nach einer Reuter-Meldung soll die deutsche Regierung wegen des Einfalles in Angola der portugiesischen Regierung Entschuldigung angeboten haben. Die

Meldung ist erfunden. Von einem deutschen Einfall in Angola ist hier überhaupt nichts bekannt. Danach kann also auch von dem Angebot einer Entschuldigung keine Rede sein.

Die Lage der Deutschen in Japan.

Den Siemens-Schubert-Werken ist kürzlich von ihrem Vertreter in Tokio folgender Brief vom 15. Oktober zugegangen, den die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ veröffentlicht:

Vor einigen Tagen ist von Tsingtau der erste Transport von deutschen Gefangenen in Japan eingetroffen, und zwar ungefähr 65 Mann. Diese sind in der Kaserne in Aikume, einer Station südlich von Toku, dem großen Bahnkreuzungspunkt in Kiufu, untergebracht. Ich habe gestern den General Katani im Kriegsministerium, dem die Angelegenheit untersteht, besucht und bin auf das Allerliebendste empfangen worden. Zunächst habe ich die Namensliste der 65 Mann bekommen. Die Namen sind zum Teil etwas verstimmt. Ich werde von jetzt ab laufend alle Namen bekommen und auch die Heimatsorte; alle diese Angaben werde ich Ihnen immer so schnell als möglich überbringen.

Soweit ich bis jetzt feststellen konnte, sind von den Gefangenen nur einige ganz leicht verwundet. Die Militärbehörde tut alles, um den Gefangenen den Aufenthalt so erträglich wie möglich zu machen. In den Kasernen sind eiserne Bettstellen mit Strobfäden; Fleisch usw. wird geliefert und die Mannschaften kochen selbst. Es ist den Angehörigen der deutschen Kolonie in Japan gestattet worden, Bücher, Schwere, Getränke usw. nach Aikume zu schicken. Ebenfalls dürfen wir die Gefangenen mit Erlaubnis des Ministeriums besuchen. Einer unserer Angestellten ist von Kojii aus heute nach Aikume gefahren und wird mir heute abend telegraphisch Bescheid geben. Wir haben hier in Tokio bei uns eine Sammelstelle errichtet und bereits gestern eine Kiste mit 130 Bäckern abgeschickt. Es bestehen deutsche Hilfskomitees in Tokio, Yokohama und Kobe; wir haben uns gestern in Verbindung gesetzt, um eine etwaige Lieferung von Schwarzbrot, Butter und Tabak zu organisieren; das muß natürlich sehr systematisch gemacht werden, da wir damit rechnen müssen, daß hier später noch bedeutend mehr Deutsche als Gefangene herkommen. Ich schreibe heute auch an den Generalkonsul in Schanghai und werde dort eine Sammlung von Geld für die hiesigen Gefangenen veranstalten. Sie sehen aus alledem, daß die japanischen Militärbehörden die deutschen Gefangenen in geradezu liebevoller Weise behandeln. Ich wurde gestern wiederholt gebeten, bei meinen Besuchen im Ministerium die ganze Angelegenheit absolut so zu betrachten, als wenn wir uns auf neutralem Gebiet befänden.

Auch die Deutschen in Japan sind von Anfang an sehr gut behandelt worden; im besonderen haben wir einen weitgehenden Schatz bekommen. Mir selbst widmet man ganz besondere Aufmerksamkeit, da Tokio an und für sich natürlich etwas gefährlicher ist als andere Plätze, sofern überhaupt von einer Gefahr die Rede sein kann, und man immerhin fürchten mag, daß vielleicht irgend ein Fanatiker etwas unternehmen könnte. Ich habe seit August für mein Haus einen starken polizeilichen Schatz und werde selbst auf Schritt und Tritt, ganz besonders auch auf Reisen nach Yokohama sowohl als auch nach Osaka, von Detektiven bewacht. Ich bin unmäßig zu der Ueberzeugung gekommen, daß es sich dabei tatsächlich nur um einen Schatz handelt! Einigen anderen Herren in Yokohama ergeht es ähnlich.

Im Volke selbst scheint mir von einer antideutschen oder stark kriegerischen Stimmung kaum gesprochen werden zu können; deshalb hat auch in Wirklichkeit eine Gefahr für uns nie bestanden. Infolge der stark entstellten Zeitungsnachrichten ist aber hier von Zeit zu Zeit immer mal wieder die Befürchtung aufgetaucht, daß die Deutschen eventuell ausgewiesen werden könnten. Ich halte das bis auf weiteres für unwahrscheinlich.

Die Ausweisung des Redakteurs der „Deutschen Japanpost“ dürfte wohl auf Nachschritten der Volkshater von England, Frankreich und Rußland zurückzuführen sein. Namenslich letzterer soll von Anfang an außer sich darüber gewesen sein, daß der Redakteur den falschen Ausdrücken unserer Feinde so mancher entgegengetreten ist.

Fürst Bülow Botschafter in Rom.

Amtlich. Berlin, 4. Dezember. (W. Z. V.) Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ meldet: Da der kaiserliche Botschafter in Rom von Plotow aus Gesundheitsrücksichten einen längeren Urlaub antreten muß, hat Seine Majestät der Kaiser den Fürsten von Bülow mit der Führung der Geschäfte der kaiserlichen Botschaft in Rom beauftragt.

Aus der italienischen Kammer.

Rom, 4. Dezember. (W. Z. V.) Die Kammer trat heute in die Erörterung der Regierungserklärung ein. Der unabhängige Sozialist Labriola vertrat die Ansicht, daß die Verantwortung für den europäischen Krieg auf Deutschland falle, und daß die italienischen Interessen gegenwärtig durchaus von denen der Zentralmächte getrennt werden müßten. Cavagnari stellte fest, daß die Regierung, als sie bei Kriegsbeginn die Neutralität erklärte, nicht nur ihr Recht ausübte, sondern ihre Pflicht erfüllte. Eugenio Chiesa von der republikanischen Partei wünscht eine Intervention Italiens in dem ungeheuren Kampf. Italien könne nur mit Sympathie auf die Sache der Rechte sehen, die die Grundsätze der Freiheit und der Zivilisation verteidigen. Baccaro gab, auch im Namen mehrerer anderer Deputierter, der Ueberzeugung Ausdruck, daß die Erklärungen der Regierung dem Gefühl und den Interessen des Landes entsprächen. Alfredo Sacelli billigte die Haltung der Regierung und die Neutralität. Was die Zukunft anbeträfe, so würde Italien seine Aufgabe erfüllen, wenn die Entwicklung der Ereignisse eine neue Lage herbeiführen sollte, die eine tätige Wahrung der Interessen Italiens erfordern würde. Inzwischen müsse man der Regierung ohne Unterschied der Partei die Macht und die Autorität geben, den Ereignissen gegenüberzutreten. (Lebhafte Beifall.)

Der Sozialist Treves erklärte sich im Namen seiner Parteigenossen für die eine Tagesordnung, die die Erklärung der Neutralitätsbekanntmachung die einmütige Zustimmung des Landes gefunden habe, man verschiedener Ansicht darüber sei, was diese Neutralität alles in sich schließe. Er und seine Freunde seien Anhänger der absoluten Neutralität. Das brauche keine Gleichgültigkeit gegenüber dem größten der historischen Ereignisse zu bedeuten. Sie könne und müsse für Italien ein Mittel sein, seine großen Missionen der Humanität und Gerechtigkeit während des Krieges und auch später auszuführen. Die europäischen Sozialistenkongresse hätten sich gegen den Krieg ausgesprochen, wenn er nicht nationale Verteidigungskrieg sei. Redner schloß mit der Versicherung seines vollen Vertrauens auf die Wiederherstellung der Arbeiterinternationale. (Beifall auf der äußersten Linken.)

Der „Burgfriede“ in England.

London, 4. Dezember. (B. L. B.) Die „Morning Post“ erneuert ihren Angriff auf Churchill. Das Blatt hofft, Asquith werde die erste Gefahr einleiten, die darin liege, einen solchen Dilettanten an der Spitze der Admiralität zu behalten. Der Angriff des Blattes gründet sich auf das Schweigen der Admiralität über ein Unglück, das die Flotte betroffen hat, nämlich das Sinken oder Strandens des „Audacious“, das die ausländische Presse bereits gemeldet hat, und zu dem die „Kölnische Zeitung“ bemerkt hat, die englische Regierung sei offenbar der Volksstimmung nicht sicher.

Segen die irische Presse.

Amsterdam, 4. Dezember. (B. L. B.) Telegramm berichtet aus London: In Dublin hat die Polizei gestern nacht Hausdurchsuchungen bei allen Zeitungsverkäufern und in allen Läden abgehalten; eine Anzahl Exemplare des Blattes „Irish Freedom“ wurde beschlagnahmt; in den Büros des Blattes wurde ebenfalls eine Hausdurchsuchung abgehalten.

Zur Verhaftung der sozialdemokratischen Dumaabgeordneten.

Das offizielle „Informationsbureau“ in Petersburg meldet folgendes:

Bei der Voruntersuchung über die Personen, die sich in der Nähe Petersburgs aus verschiedenen Orten zusammengefunden haben, um mit einigen bolschewistischen Mitgliedern der sozialdemokratischen Dumafraktion zu konferieren, ist festgestellt worden, daß die Konferenz den Zweck hatte, den Entwurf einer Resolution aus Anlaß des Krieges zu erörtern, in dem anerkannt wird, daß eine Niederlage der zarischen Monarchie und ihrer Truppen ein geringeres Übel sei und in dem die Lösungen aufgestellt werden: „allseitige Propaganda der sozialistischen Revolution, die sich auf die Truppen und auf alle Kriegsschauplätze erstrecken soll“, und „Bildung von geheimen Körperchaften für diese Propaganda in den Truppen.“

Wir geben diese Meldung mit dem ausdrücklichen Hinweis wieder, daß die Formulierung der in der obigen Meldung enthaltenen Anklage gegen unsere russischen Genossen aus den russischen Regierungskreisen stammt.

Der Spionageprozess in Marokko.

Bremen, 4. Dezember. (B. L. B.) Zu der Verurteilung deutscher Staatsangehöriger in Casablanca erzählt die „Welterzeitung“, daß der zum Tode verurteilte Bell ebenfalls mit einem hier weilenden Herrn Tell, Tell befindet sich glücklicherweise nicht in der Gewalt der Franzosen. Er ist in contumaciam verurteilt worden. Sein Sojus Brant, der ebenfalls zum Tode verurteilt wurde, ist ein durchaus ruhiger, von allen politischen Treibern sich fernhaltender Mann, der bei den Arabern und Engländern, und selbst bei den Franzosen wohl gelitten war. Er ist nicht deutscher Konsularagent, sondern österreichisch-ungarischer Konsul, aber deutscher Staatsbürger. Seine Gattin ist nach Entlassen der Kasse nach seiner Verurteilung sofort nach Berlin geehrt, um dort ein Einwirken amtlicher Kreise durch neutrale Vermittlung zu veranlassen.

Kriegsbekanntmachungen.

Verordnung,

betreffend den Aufruf des Landsturms.

Vom 27. November 1914.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen etc. verordnen auf Grund des Artikel II § 25 des Gesetzes, betreffend Änderungen der Wehrpflicht, vom 11. Februar 1888 (Reichsgesetzbl. S. 11) im Namen des Reichs, was folgt:

§ 1.

Sämtliche Angehörige des Landsturms II. Aufgebots, die aus dem I. Aufgebot übergetreten sind, werden, soweit sie nicht schon durch die Verordnungen vom 1. und 15. August 1914 (Reichsgesetzbl. S. 273, 371) aufgerufen sind, hiermit aufgerufen.

Die Anmeldung der Aufgerufenen zur Landsturmrolle hat nach näherer Anordnung des Reichskanzlers zu erfolgen.

§ 2.

Diese Verordnung findet auf die königlich bayerischen Gebietsanteile keine Anwendung.

§ 3.

Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Urkundlich unter unserer höchstehenden Unterschrift und beigedrucktem kaiserlichen Insigne.

Gegeben Großes Hauptquartier, den 27. November 1914.
(L. S.) Wilhelm.

von Bethmann Hollweg.

Bekanntmachung betreffend den Aufruf des Landsturms.

Vom 27. November 1914.

Auf Grund der kaiserlichen Verordnung, betreffend den Aufruf des Landsturms, vom 27. November 1914 (Reichsgesetzbl. S. 495) wird nachstehendes zur Kenntnis gebracht:

1. Der Aufruf bezweckt zunächst lediglich die Herbeiführung der Eintragung in die Listen.
2. Die im Inlande sich aufhaltenden Aufgerufenen haben sich, soweit es noch nicht geschehen ist, bei dem Zivilvorstehenden der Ersatzkommission ihres Wohnortes in der Zeit vom 16. bis einschließlich 20. Dezember 1914 zur Landsturmrolle anzumelden.
3. Die Aufgerufenen, die sich im Auslande aufhalten, haben sich, soweit dies möglich und noch nicht geschehen ist, alsbald schriftlich oder mündlich bei den deutschen Auslandsvertretungen zur Eintragung in besondere, von diesen zu führende Listen zu melden.

Großes Hauptquartier, den 27. November 1914.
Der Reichskanzler.

von Bethmann Hollweg.

Das Merkblatt für Feldpostsendungen.

Berlin, 4. Dezember. (B. L. B.) Von dem vor zwei Monaten im Reichspostamt zusammengestellten Merkblatt für Feldpostsendungen, das bei sämtlichen Postanstalten ausging und das außerdem kostenfrei an das Publikum bei Nachfrage abgegeben wird, erscheint jetzt, wie wir hören, eine zweite neu bearbeitete Auflage.

Politische Uebersicht.

Belagerungszustand in Ostpreußen.

Gleich nach Beginn des Krieges wurde über die Festung Königsberg auf Grund des Kriegszustandes der Belagerungszustand verhängt und die politischen Vereine geschlossen. Jetzt ist für den ganzen Bereich des 1. Armeekorps der Belagerungszustand proklamiert.

Die Anklage wegen Aufforderung zum Waffensstreik.

Am Donnerstag teilten wir mit, daß das Verfahren gegen den Abgeordneten Ledebour und drei Genossen, das aus Anlaß der letzten Berliner Generalversammlung von der Staatsanwaltschaft eingeleitet wurde, niedergeschlagen worden ist. Es handelt sich hierbei nicht um eine „Begnädigung“. Eine solche kann nur gegenüber rechtskräftigen Urteilen ergehen, die Niederschlagung der Strafverfolgung nennt man „Abolition“. Ob eine solche in Deutschland zulässig ist, ist mit Recht sehr bestritten. Fast einstimmig stehen die Strafrechts- und Staatsrechtslehrer auf dem Standpunkt, daß eine Abolition gesetzlich unzulässig ist, sobald das Gericht mit der Sache befaßt ist. Ein kleiner Teil vertritt aber die Ansicht, daß die Abolition mit dem Gesetz unvereinbare Ansicht, eine Niederschlagung sei zulässig, solange nur die Staatsanwaltschaft das Verfahren betreibt. Von dieser mit der gesetzlichen Pflicht der Staatsanwaltschaft unvereinbaren Ansicht, alle nach Ansicht der Staatsanwaltschaft strafbaren Handlungen zu verfolgen, geht der von uns mitgeteilte Einstellungsbeschluss aus. Die Beteiligten können mit Erfolg eine Beschwerde hiergegen nicht erheben, zumal nach ihrer und unserer Ansicht eine strafbare Handlung auf ihrer Seite überhaupt nicht vorliegt.

Abgeordneter Wassermann über den Krieg.

Bei der Abschiedsfeier der nationalliberalen Fraktion hielt Abg. Wassermann eine Rede, in der er u. a. sagte:

Wir wissen es: Siegreich wird der deutsche Adler seine Schwingen entfalten und aufsteigen zu stolzer Höhe als je. Und wir werden die Länder, die gedängt sind mit deutschem Blute, festzuhalten wissen auch für alle Zukunft. Die heilige Erde zu unserem deutschen Vaterland macht uns stark, die größten Opfer zu bringen. Wägen wir darum aber auch festhalten, was wir errungen, und dazu erwerben, was wir brauchen. Heber den blutigen Krieg zum herrlichen Sieg — das sei die Lösung der großen Zeit!

Die Erklärung unserer Reichstagsfraktion betont demgegenüber das Recht aller Nationen auf ihre Integrität und Unabhängigkeit.

Die Verhandlungen der Reichstagskommission.

Wolffs Telegraphenbureau meldet amtlich:

Die Freie Kommission des Reichstags, die am 1. Dezember von 10 Uhr vormittags bis 10 1/2 Uhr abends, am 2. Dezember von 10 Uhr vormittags bis 2 1/2 Uhr nachmittags und am 3. Dezember von 10 Uhr vormittags bis 8 Uhr abends getagt hat, hat nahezu alle durch den Krieg angerufenen Fragen sozialer, wirtschaftlicher und innerpolitischer Art in den Kreis ihrer Erörterungen gezogen. An der Hand der dem Reichstag vorgelegten Denkschrift über wirtschaftliche Maßnahmen aus Anlaß des Krieges sind zunächst diese, sodann aber auch allgemeine Fragen der inneren Politik erörtert worden. Die Kommission hat im Einvernehmen mit der Reichsleitung beschlossen, den gesamten Inhalt der Beratungen durchaus vertraulich zu behandeln, insofern die Gebiete, die behandelt würden, bekannt zu geben. Demgemäß kann nachstehendes über die Kommissionsverhandlungen mitgeteilt werden:

Von Fragen wirtschaftlicher Art sind die folgenden erörtert worden: Der Erlaß von Ausfuerverboten und die Handhabung der Ausnahmegewilligung von ihnen, die Beschaffung von Futtermitteln, Anläufe im allgemeinen, Verschlagnahmen von Rohstoffen und Fabrikaten in den besetzten Gebieten, Verhinderung von Preissteigerungen und Regelung des Preisverhaltens, die Einfäufe der Heeresverwaltung, Maßnahmen gegen ausländische Unternehmungen im Inlande, Festsetzung von Höchstpreisen für Nahrungsmittel und für Rohstoffe, die für militärische Zwecke von Bedeutung sind, wie Wolle und Metalle, Vergeltungsmaßnahmen wirtschaftlicher Art gegenüber dem Auslande, die Lage der Hausbesitzer und Maßnahmen zu deren Schutz, insbesondere die Erziehung von Einigungsämtern für die Beziehungen zwischen Mietern und Vermietern, Hypothekenschuldnern und Hypothekengläubigern, sowie die Lage der Zuckerindustrie.

Auf sozialem Gebiet wurden behandelt: Die Unterstützung der Familien der Krieger sowie der Familien der im Auslande zurückgehaltenen Zivilgefangenen, die Kultivierung der Ruote und Lebnisbereiche, die Arbeitsverhältnisse der Schanz- und Festungsarbeiter. Im Anschluß an die Erörterungen zu dem im Etat vorgesehenen Fonds von 200 Millionen Mark wurden die Fragen der Erwerbslosenfürsorge und der Wochenhilfe während des Krieges eingehend erörtert.

Endlich nahmen einen breiten Raum die Erörterungen ein über die Verpflegung und Behandlung der Kriegs- und Zivilgefangenen in Deutschland, die Vergeltungsmaßnahmen gegenüber der Behandlung der Deutschen im Auslande, die Fürsorge für die Flüchtlinge aus Ostpreußen und Elsaß-Lothringen, die Militärerforsorge, die Verpflegung der Truppen auf den Eisenbahntransporten, die Einsetzung einer Kommission aus Vertretern neutraler Staaten zur Untersuchung der Verhältnisse in den Gefangenenlagern, die Fürsorge für die Verwundeten, Vermehrung der Lazarettzüge, die Behandlung der Nord-Schleswiger, Polen und Elsaß-Lothringer, die Beförderung von Einjährig-Freiwilligen jüdischen Glaubens zu Reserveoffizieren, die Handhabung der Brezzenfur und die Aufrechterhaltung des Kriegszustandes während der Dauer des Krieges, insbesondere die Frage der rechtlichen Grundlage hierfür. Endlich wurde die Frage angelegt, ob das Mandat Wetterlechs durch seine Erklärungen in der feindlichen Presse als erledigt anzusehen sei.

Im Anschluß an die Rede des Reichskanzlers am 2. Dezember wurden die Folgen, die das einmütige Zusammenstehen des ganzen Volkes auf innerpolitischem Gebiete zeitigen würde, von einer Reihe von Rednern und dem Stellvertreter des Reichskanzlers erörtert.

Gegen Gehalts- und Lohnkürzungen.

Wie uns aus Köln berichtet wird, hat der kommandierende General von Bloch sowie der Militär-Polizeimeister v. Glafarsky dort folgende Bekanntmachung erlassen:

Es ist zu meiner Kenntnis gelangt, daß trotz der Wiederbelebung des Geschäftslebens, namentlich auch durch die umfang-

reichen Aufträge der Heeresverwaltung, einzelne Handels- und Unternehmerrfirmen sich noch immer nicht dazu haben entschließen können, die gegen ihre Angestellten und Arbeiter nach der Mobilmachung bezogenen Gehalts- und Lohnkürzungen zu beseitigen und entlassene Angestellte und Arbeiter wieder anzunehmen. Das trübere Verhalten dieser Firmen war wirtschaftlich bedenklich, ihr jetziges Verhalten ist unbillig, oft ungesetzlich und macht Gegenmaßnahmen erforderlich. Bevor ich solche Maßnahmen verordne, verwarne ich die gedachten Firmen hiermit nachdrücklich.

Gegen kommunale Arbeitslosenunterstützung.

Als heftiger Gegner der kommunalen Arbeitslosenunterstützung betätigt sich der Landeshauptmann von Schlesien, ein Freiherr von Richthofen, der der bekannten schlesischen Familie angehört. Er ist Vorsitzender im Vorstande der Invalidenversicherung und in seiner Hand liegt nun auch die Vergütung der fünf Millionen Mark Kriegshilfe, welche der Vorstand aus den Mitteln der Landesversicherungsanstalt bewilligte. Der Landeshauptmann erklärte nun dem Oberbürgermeister von Breslau, daß er der Stadt keine Mittel zuschießen würde, wenn sie eine kommunale Arbeitslosenunterstützung einführe! Nur wenn der „Nationale Frauendienst“ die Arbeitslosenhilfe nebenbei mitbezog, würde er etwas hergeben. Der Landeshauptmann stellt sich damit direkt in Gegensatz zu den Ansichten der Reichsregierung, die ausdrücklich Mittel bereit hält für Gemeinden, die Familien- oder Arbeitslosenunterstützung zahlen.

Die Notwendigkeit der kommunalen Lebensmittelversorgung.

In einzelnen Gegenden Ostpreußens hat sich ein empfindlicher Mangel an Lebens- und Bedarfsmitteln eingestellt. In den gefährdeten Bezirken halten es viele Geschäftsleute für bedenklich, Waren zu beziehen und zu verkaufen. Das gleiche gilt für die Orte, in denen zur Flucht geübt wird. So können die Leute Waren nicht einmal für Geld bekommen. Sie müssen die weite und beschwerliche Reise nach Königsberg machen, um hier die notwendigen Einkäufe zu besorgen. Dessenungeachtet, die dazu nicht in der Lage sind, müssen große Entbehrungen ertragen.

Dazu kommt, daß den Provinzbewohnern einige Nahrungsmittel von großstädtischen Händlern weggekauft werden. Infolge der hohen Preise in den größeren Städten bereisen die Händler die kleineren Orte, kaufen die Nahrungsmittel, insbesondere die Erzeugnisse der Landbevölkerung auf und bringen sie nach den Großstädten, während die Einwohner in den kleineren und mittleren Städten nichts erhalten. Verschleudertlich hat bereits die Polizei eingegriffen und den Händlern die Waren fortnehmen müssen. In Jauerburg ist jetzt von der Militärbehörde das Aufkaufen von Nahrungsmitteln in größeren Mengen durch die Händler verboten worden. Das ist natürlich nur ein Notbehelf. Unbedingt erforderlich ist der gemeinsame Warenbezug durch die Gemeinden und der kommunale Verkauf der Lebensmittel zum Selbstkostenpreise an die Konsumenten.

Zur Beachtung für Kriegesfreiwillige.

Verhandlungen vor den Militärgerichten haben gezeigt, daß viele Kriegesfreiwillige selbst nach längerer Einweisung glauben, noch nicht fest an den betreffenden Truppenteil gebunden zu sein und sich in einer anderen Truppe einreihen lassen zu dürfen. Dies ist ein Irrtum und selbst dann nicht zulässig, wenn die Kriegesfreiwilligen aus irgendeinem Grunde noch nicht vereidigt wurden. Wenn in solchen Fällen ein Truppenteil mit französischem Abdruck verlassen wurde, ist von den Militärgerichten unmissverständlich das Verfahren wegen Fahnenflucht beziehungsweise unerlaubter Entfernung eingeleitet worden und die Betroffenen haben ihre Unkenntnis mit harten Strafen büßen müssen, die den erschwerenden Bestimmungen des Militärstrafgesetzbuchs über Vergehen und Verbrechen „im Felde“ entnommen sind und nur von dem obersten Kriegsherrn im Wege der Gnade gemildert werden können. In den letzten Tagen kam es wieder vor dem Kriegsgericht der Armeekorpsinspektion Hannover zu einer schweren Verurteilung. Der neunzehnjährige frühere Führer Ray Bremer wurde am 4. August als Kriegesfreiwilliger in Hannover bei der Ersatzabteilung des 12. Regiments Jäger zu Pferde eingestellt. Am 30. August hatte er über den Papen gestrichen und dafür eine Verstrafung wegen unerlaubter Entfernung zu erwarten. Wahrscheinlich aus diesem Grunde verlor er den Gehorsam an seiner Truppe, die er am anderen Tage ohne Urlaub verließ. Nachdem er sich Zivilkleidung verschafft hatte, meldete er sich ohne Erfolg in Hildesheim zur Infanterie. Hierauf fuhr er mit einem Freifahrtschein nach Saarbrücken, wo er am 20. v. M. eingestellt werden sollte, an diesem Tage aber verhaftet und nach Hannover zurückgebracht wurde. Das Kriegsgericht hat es dem Verurteilten nicht zu schätzen vermocht, da nach der Rechtsprechung des Reichsmilitärgerichts die Bedingungen des Wehrrechts nicht erfüllt erschienen. Unter Verurteilung der gesetzlichen Mindeststrafe wurde er wegen Fahnenflucht und unerlaubter Entfernung im Felde zu fünf Jahren zwei Monaten Gefängnis und Verweisung in die zweite Klasse des Soldatenstandes verurteilt.

Spionageprozess.

Leipzig, 4. Dezember. (B. L. B.) Vor dem zweiten Strafsekt des Reichsgerichts begann heute vormittag der Spionageprozess gegen den 17 Jahre alten Handlungsgehilfen Johann Lisalle, den 17 Jahre alten Handlungsgehilfen Paul Kreide, den 18 Jahre alten Hausdiener Otto Kahlke und den Währigen Kaufmann Franz Fischer, sämtlich aus Berlin, wegen verübter Verstrafs militärischer Geheimnisse und anderer Straftaten. Der Angeklagte Kahlke hatte bei der Firma Wittler u. Sohn in Berlin, wo er in Stellung war, drei Pläne der deutschen Schiffe „Großer Kurfürst“ und „Magdeburg“ gestohlen. Der Angeklagte Fischer hatte mit ihm den Versuch gemacht, die geheimzuhaltenden Zeichnungen der französischen Regierung zur Kenntnis zu bringen. Die beiden anderen Angeklagten, Kreide und Lisalle, sollen im November 1913 und später den Versuch gemacht haben, sich durch Angehörige der Firma Wittler u. Sohn, geheimzuhaltende Schriften und Zeichnungen zu verschaffen, um hier einen Unterhändler der französischen Regierung anzuknüpfen. Fischer hatte es unternommen, obwohl er von dem von Lisalle und Kahlke geplanten Verbrechen Kenntnis hatte, hiervon der Behörde Mitteilung zu machen. In der Verhandlung sind fünf Jungen erschienen. Die Öffentlichkeit ist ausgeschlossen.

Das Reichsgericht verurteilte den Angeklagten Lisalle wegen verübten Verrats militärischer Geheimnisse zu zwei Jahren Gefängnis, Kahlke wegen Diebstahls zu einem Monat Gefängnis, Kreide wegen Unterlassung der Anzeige des von Lisalle geplanten Verbrechens zu drei Monaten Gefängnis, Fischer wurde freigesprochen. Das Gericht nahm an, daß es sich bei diesen Plänen nicht um geheimzuhaltende Gegenstände handelte. Lisalle wurde bestraft, weil er geglaubt hatte, daß die Pläne geheimzuhaltende Gegenstände seien.

95 JANDORF 95

Woche

Spittelmarkt Belle-Alliancestr. Gr. Frankfurterstr. Funnenstr. Kottbuser Damm Wilmersdorferstr.
 Neu eröffnet: Charlottenburg, Wilmersdorferstraße 118-119

Verlangen Sie bei Einkäufen Rabattmarken. - Verkauft nicht an Wiederverkäufer.

- 1 Petroleumkanne (mitl., ev. 2 Liter) **95 Pf.**
- 1 Spachtelgarnitur Kragen und Manschetten **95 Pf.**
- 1 Damenflasche schwarz Mohr moderne Form **95 Pf.**
- 1 Schlafdecke mit Kante **95 Pf.**
- 12 gelbe oder imit. Ledertücher **95 Pf.**
- 3 Paar Solinger Bestecke **95 Pf.**
- 1 Parfüm-Zerstäuber **95 Pf.**
- 3 Paar Fusslappen für Militär **95 Pf.**
- 1 Tüll-Bettdecke **95 Pf.**
- 1 Kompottschüssel 6 Kompotteller **95 Pf.**
- 4 Küchenschüsseln Emaille, ca. 16, 18, 22, 24 cm **95 Pf.**
- 1 Kasserolle Emaille, mit Ring und Deckel, ca. 20 cm **95 Pf.**

Weisswaren

1 Kindergarnitur Rippe, mit Stickerei... **95 Pf.**

1 Spachtelkragen Schullerform oder rund... **95 Pf.**

1 Rockvolant aus schwarzem Satin... **95 Pf.**

1 Jackenkragen aus Rippe mit Seidenglanz, Hohlkämmchen und gestickter Ecke **95 Pf.**

1 moderne Weste aus Glasbatist, mit breitem Umlegekragen und Kämmchen **95 Pf.**

1 Jackenkragen aus Rippe, grosse lange Form **95 Pf.**

1 moderne Weste aus Rippe, mit gestickter Ecke **95 Pf.**

1 Tüllpasse zum Unterziehen in verschied. neuen Ausstattungen... **95 Pf.**

1 Meter Sticker-Volant mit Fältchen und gerogenem Ansatz **95 Pf.**

1 Blusengarnitur Kragen und Manschett., Matrosenform, mit gestickter Ecke... **95 Pf.**

Lampen

1 Küchenlampe mit Blende... **95 Pf.**

12 Gaszylinder in Goldstempel **95 Pf.**

4 Gasglühlicht-Strümpfe **95 Pf.**

Glas

1 Kuchenteller gross schweres Pressmuster **95 Pf.**

6 Kuchenteller klein zusammen **95 Pf.**

1 Kompottschüssel gross zusammen **95 Pf.**

6 Kompottschüsseln klein hübsch, Pressm. auf Füschen **95 Pf.**

12 Teebecher auf hohem Fuss... **95 Pf.**

3 Weinrömer mit Bor. **95 Pf.**

1 Salatschüssel schweres Pressmuster m. Deck. **95 Pf.**

2 Blumen-Vasen schweres Pressmuster **95 Pf.**

1 Likörfflasche zusammen **95 Pf.**

6 Likörgläser m. Goldrand... **95 Pf.**

1 Tablett... **95 Pf.**

2 Schüsseln ca. 20, 23 cm... **95 Pf.**

6 Schüsseln klein, hübsch, Pressmuster **95 Pf.**

1 Kompottschüssel reich geschl. ca. 20 cm **95 Pf.**

1 Wasserflasche Diamantmuster zusammen **95 Pf.**

3 Gläser m. Goldrand **95 Pf.**

1 Tablett... **95 Pf.**

Wirtschaftsartikel

1 Quirlgarnitur mit Delft-einlage **95 Pf.**

1 Reibemaschine... **95 Pf.**

1 Leitungsschoner dekoriert **95 Pf.**

1 Handtuchhalter... **95 Pf.**

1 Stahlblechpfanne ca. 26 od. 28 cm **95 Pf.**

1 Konsol mit 3 Vorratsbüchsen... **95 Pf.**

1 Tablett mit bunter Einlage... **95 Pf.**

1 Fassbank **95 Pf.**

1 Kaffeemühle... **95 Pf.**

1 Rosshaarbesen... **95 Pf.**

1 Rosshaarhandfeger **95 Pf.**

1 Borstenbesen **95 Pf.**

1 Kopfbürste **95 Pf.**

1 Kleiderbürste **95 Pf.**

3 Fleischbretter **95 Pf.**

1 Waschbrett **95 Pf.**

1 Teppichbesen Wurzel od. Madagaskar ca. 3 Liter, dekoriert **95 Pf.**

1 Petroleumkanne ca. 3 Liter, dekoriert **95 Pf.**

1 Teppichhandfeger poliert zusammen **95 Pf.**

1 Rosshaarhandfeger **95 Pf.**

1 Müllschaufel **95 Pf.**

Kleiderstoffe

Kostüm-Stoffe dunkel meliert... Einheitspreis Meter **95 Pfennig**

Blusen-Stoffe aparte Streifen... **95 Pfennig**

Schotten in hübschen Ausführungen... **95 Pfennig**

Flanell hell und mittelfarbig gestreift... **95 Pfennig**

Rock-Stoffe ca. 110 cm breit, grau ge treift... **95 Pfennig**

Möbelstoffe

1 Tüll-Läufer... zusammen **95 Pf.**

2 Tüll-Deckchen **95 Pf.**

1 Filztuch Gardinen-Ueberhang **95 Pf.**

1 Tüll-Store... **95 Pf.**

1 Satinkissen... **95 Pf.**

1 Wachstuchtschlecke **95 Pf.**

1 Meter Linoleum-Läufer **95 Pf.**

Schuhwaren

1 Paar Damen-Pantoffel in schönen Farben, mit schwarzer Filzsohle... **95 Pf.**

1 Paar Damen-Pantoffel mit Filz- und Linoleumsohle... **95 Pf.**

1 Paar Herren-Pantoffel in vielen Ausführungen **95 Pf.**

1 Paar Schuhleisten aus Holz, für Damen od. Herren **95 Pf.**

Schweizer Stickerei-Ein- oder Ansatz

in vielen Breiten und Mustern... ca. 4.10 Meter **95 Pfennig**

Reste und Abschnitte in Stickerei, Spitzen, Tüll... zum Aussuchen **95 Pfennig**

Baumwollwaren

2 1/2 Meter Hemdentuch **95 Pf.**

2 1/2 Meter Wäschetuch **95 Pf.**

2 1/2 Meter Louisiana Tuch **95 Pf.**

2 Meter Küper-Barchent **95 Pf.**

Lebensmittel

50 Bouillonwürfel **95 Pf.**

1 Dose Oelsardinen Inhalt ca. 20 Stck. **95 Pf.**

1/2 Flasche Kognak Verschnitt **95 Pf.**

1/2 Flasche Rum Verschnitt **95 Pf.**

Porzellan

1 Kuchenteller gross m. reich Dek. Golddekor **95 Pf.**

6 Kuchenteller klein **95 Pf.**

1 Salz- oder Mehlreste Delft- oder Golddekor **95 Pf.**

6 Kaffeetassen m. Untertassen... **95 Pf.**

1 Kaffeekanne mit Golddekor **95 Pf.**

1 Milchtopf... **95 Pf.**

1 Zuckerdose **95 Pf.**

1 Tablett... **95 Pf.**

1 Satz Milch-töpfe 6 Stück, mit Golddekor **95 Pf.**

1 Bratenplatte ca. 45 cm, mit reich. Golddek. **95 Pf.**

1 Kartoffelschüssel oval, m. Deckel, tief od. flach, m. Golddekor **95 Pf.**

1 Gemüseplatte m. Golddekor **95 Pf.**

Handarbeiten

1 Läufer aus starkfädigem Knötchenstickerei... **95 Pf.**

1 Kissenbezug mit Franzen garniert reiche Knötchenstick. **95 Pf.**

1 Mittendecke mit reicher Knötchenstickerei... **95 Pf.**

1 Mittendecke aus ripsartigem Stoff mit neuen Vorzeichnungen... **95 Pf.**

1 Kissenbezug aus ripsartigem Stoff mit neuen Vorzeichnungen... **95 Pf.**

1 Tischläufer aus ripsartigem Stoff mit neuen Vorzeichnungen... **95 Pf.**

1 Wanddekoration vorgezeichnet... **95 Pf.**

1 Waschtischgarnitur 6 teilig, vorgezeichnet... **95 Pf.**

1 Messer-u. Gabeltasche für 1 Dutz. Paar, vorgezeichnet... **95 Pf.**

1 Stubenparadehandtuch vorgezeichnet... **95 Pf.**

Lebensmittel

1 Strasswedel **95 Pf.**

1 Servierbrett mit angeschraubtem Boden **95 Pf.**

1 Mülleimer lackiert **95 Pf.**

1 Bier-Kanne mit 6 Gläsern **95 Pf.**

1 Wandspiegel ca. 35 x 52 cm **95 Pf.**

1 Garderobenriegel ca. 80 cm lang, mit 5 grossen gelben Haken **95 Pf.**

2 Küchenschüsseln ca. 34 und 36 cm **95 Pf.**

1 Taschenmesser **95 Pf.**

6 Poliertücher **95 Pf.**

3 Jacquard-Servietten vollweiss gestämt **95 Pf.**

1 Rolltuch **95 Pf.**

6 Schweizer Stickertücher mit 1 Ecke gestickt **95 Pf.**

1 Fleischtopf Emaille, ca. 25 oder 24 cm **95 Pf.**

- 1 Herren- oder Knaben-Sportmütze aus gemusterter Stoff **95 Pf.**
- 3 Herren-Kragen garantiert 4 fach, moderne Form, verschiedene Höhen **95 Pf.**
- 1 Kaffee- oder 1 Zuckerbüchse mit Golddekor und festem Verschluss **95 Pf.**
- 6 Batisttücher für Damen, weiss oder weiss mit farbigen Kanten und Hohlraum **95 Pf.**
- 2 Paar Manschetten 1-1/2-Hande, 4 fach **95 Pf.**
- 1 Handtasche mit Spiegel **95 Pf.**

Aus Groß-Berlin.

Bücher für unsere Kinder.

Wieder naht das Weihnachtsfest. Unter den Wünschen unserer Kinder steht oben das Buch: das Bilderbuch, das Lesebuch. Das wir ihnen nur Gutes in die Hände geben wollen, ist selbstverständlich.

Den Nachwuchs der Arbeiterbevölkerung vor Bücherschund zu bewahren, sind unsere Bildungsausschüsse bemüht. Ein Ergebnis der mühe- und verantwortungsvollen Arbeit, in der Fülle alter und neuer Jugendbücher aus all der Sorten das bisherige Weizen herauszufinden, ist das vom Zentralbildungsausschuss der sozialdemokratischen Partei zusammengestellte Bücherverzeichnis. Die alljährlich vor Weihnachten veranstalteten Ausstellungen guter und billiger Jugendbücher bieten den Eltern die Möglichkeit, noch selber zu prüfen.

In Berlin hat die diesjährige Bücherausstellung bereits ihren Anfang genommen. Sie ist einstweilen wieder im Gewerkschaftshaus untergebracht, wird aber Ende nächster Woche nach den Räumen übersiedeln, die ihr im „Vorwärts“-Haus bereitet sind. Am vorigen Sonntag hatte sie in ihrem alten Heim schon eine recht hübsche Zahl Besucher angelockt. Für diesen Sonnabend und Sonntag, wo sie noch an derselben Stelle — am Sonnabend von 6-9 Uhr, am Sonntag von 4-9 Uhr — geöffnet ist, darf man auf noch reichlicheren Besuch hoffen. Die Bücher sind nach dem Alter der Kinder, für das sie sich eignen, übersichtlich gruppiert und einzeln ausgelegt. Eine besondere Abteilung enthält allerbilligste Schriftchen, die dem Schund erfolgreich entgegenwirken können. Alle Bücher dürfen von den Besuchern nicht nur besesehen, sondern so gewissenhaft und gründlich durchstudiert werden, wie jeder es für nötig hält. Wer Auskunft und Rat wünscht, wolle sich an die aussichtsleitenden Genossinnen wenden, die in den Ausstellungsräumen anwesend sind. Das Bücherverzeichnis, das bei allen Büchern auch den Preis nennt, liegt aus und wird gratis abgegeben. Verkauf wird in der Ausstellung nichts, doch können Aufträge entgegengenommen werden, die die Vorwärts-Buchhandlung ausführt. Neben den Jugendbüchern ist wieder, wie in den Vorjahren, auch guter und billiger Wandschmuck aufgestellt. Der Zutritt zu der gesamten Ausstellung steht jedem unentgeltlich frei. Kinder werden nur mit Erwachsenen zugelassen.

Die Arbeiterbevölkerung kennt diese Ausstellungen seit Jahren, so daß es eigentlich nicht erst noch eines Wortes der Empfehlung bedarf. Aber gerade in der jetzigen Zeit muß man vielleicht doch darauf hinweisen, daß mehr als je der Kampf gegen den Jugendschriftenhund eine Notwendigkeit ist, mehr als je die Jugendbücherausstellungen unsere Beachtung verdienen. Weihnachten naht, aber draußen im Osten und im Westen tobt der Krieg, der so vielen Kindern die Väter jäh hinweggeführt oder schon für immer entzogen hat. Die Ereignisse des Krieges beherrschen auch das Denken der Kinder, auch ihr Empfinden steht unter dem Einfluß der Stimmungen dieser Kriegszeit. Mit heißem Wunsch wird manches Kind — wer sollte das nicht begreifen? — nach der allerneuesten Kriegs-Jugendlektüre verlangen, deren Flut über uns hereinbrechen wird. Aber die Vorsicht, die gegenüber den von geschäftskundigen Leuten zusammengeschriebenen Jugendbüchern so nötig ist, ist doppelt nötig gegenüber einer der Jugendbücherfabrikation dienenden raschfertigen Ausschichtung des Krieges.

Ihr Mütter, an Euch wenden wir uns dringender als je. Eure Gatten, die Väter Eurer Kinder, stehen im Felde — oder schon deckt sie die Erde. Auf Euch allein liegt jetzt die Pflicht, für die Kinder zu sorgen, für ihre Ernährung und für ihre Erziehung. Ja, wir schulden Dank und Ehrung allen, die da draußen ihr Leben wagen und dranieren. Doch das kann uns kein Grund sein, unseren Kindern das erste Kriegs-Jugendbuch, das vielleicht irgendein Buchdrucker eilig zusammengestoppelt hat, ungeprüft in die Hand zu geben. Mütter, widersteht dieser Versuchung. Für Eure Kinder soll Euch nur das Beste gut genug sein.

Versammlungsverbot.

Die für nächsten Dienstag geplanten öffentlichen Versammlungen für den Stadtkreis Berlin sind verboten worden.

Organisierte Kriegswohlfahrtspflege.

Die Zentrale für private Fürsorge G. B., W. 33, Flottwellstr. 4, versendet soeben einen eingehenden Bericht über ihre Tätigkeit in den ersten Kriegsmontaten. Der bekannte Verein, der in Friedenszeiten auf dem Gebiete der Groß-Berliner Wohlfahrtspflege in bezug auf den Anfang wie den Inhalt seiner Arbeit eine führende Stellung einnimmt, hat schon in den ersten Mobilisierungslagen versucht, seine ganze Organisation den neuen unvorhergesehenen Verhältnissen entsprechend umzugestalten und auszubauen. Neben die erweiterte Fürsorge für die zahlreichen alten Schützlinge, deren wirtschaftliche Lage bei Ausbruch des Krieges naturgemäß verstärkter Hilfeleistung bedurfte, traten 4000 neue Fälle in den ersten beiden Kriegsmontaten an die Zentrale heran, in denen unmittelbar durch den Kriegsandrang ein Notstand voranhielt war. Eine große Zahl geschulter älterer Mitarbeiter der Zentrale hatten ihre Kraft in verstärktem Maße, oft täglich von früh bis spät, zur Verfügung gestellt, und mit ihrer Hilfe gelang es, die auf einen Zeitungsaufauf in Scharen herbeigeströmten neuen Mitarbeiter einzustellen und anzulernen.

Die Einrichtung einer besonderen Kriegsabteilung ermöglichte eine gesonderte und schnelle Behandlung der neuen Fälle und ein durch Freunde der Zentrale aufgebracht Kriegs fonds und ein Eingreifen mit Geldmitteln überall da, wo Geldmittel erforderlich waren. Durch enge Zusammenarbeit mit anderen wichtigen behördlichen und Wohlfahrtseinrichtungen, wie der Handelskammer, dem Nationalen Frauendienst, der Vorkriegszeit, der Wohlfahrtzentrale der Berliner Kaufmannschaft u. a. wurde eine zielbewusste planvolle Hilfe ermöglicht, wie ja überhaupt das Ansehen, das die Zentrale als vertrauensvolle zahlreiche Einrichtungen und Privatpersonen genießt, besonders in dieser Zeit von großem Werte war. Für eine Unterweisung der Mitarbeiter über die neuen täglich sich mehrenden Erscheinungen in der Wohlfahrtspflege während des Krieges sorgt die Abteilung „Archiv“, fahrtspflege während des Krieges sorgt die Abteilung „Archiv“, die eine Zentralfstelle für das gewaltige Material der Groß-Berliner Wohlfahrtspflege bildet und die in den ersten Wochen einen Führer durch die Kriegswohlfahrtseinrichtungen Groß-Berlins herangezogen hat, der in der nächsten

Zeit in einer zweiten, bedeutend erweiterten Auflage erscheinen wird. Ein mehrtägiger Abendkurs machte die neuen Mitarbeiter und zahlreiche Mitglieder anderer Organisationen mit den wichtigsten Fragen der Wohlfahrtspflege bekannt. Mit dem täglichen Waschen der Kriegsaufgaben in der Wohlfahrtspflege treten an die Zentrale für private Fürsorge immer neue Forderungen heran, denen sie nur gerecht werden kann, wenn ihr in noch größerem Umfang wie bisher Arbeitskräfte und vor allem Geldmittel zufließen.

Der Botanische Garten in Dahlem ist am Sonntag, den 6. Dezember von 11 Uhr vormittags bis 4 Uhr nachmittags dem allgemeinen Besuch geöffnet.

Gefährliches Spielzeug.

Vor einigen Tagen wurde ein Schulknabe von einem Mitschüler mit einem Papierpeil, in dessen Spitze eine Stahlfeder befestigt war, ins Auge getroffen. Die Verletzung ist so schwer, daß der getroffene Knabe voraussichtlich die Sehkraft auf diesem Auge einbüßen wird. Diese gefährlichen Spielzeuge werden aber noch von vielen anderen Kindern benutzt. Lehrer und Eltern sollten daher eindringlich vor der Benutzung derartiger Spielzeuge warnen.

Eine eigenartige Redaktionserklärung.

Die bekannte Lebensmittelfirma Carl Lamashke legt einigen Zeitungen einen Prospekt mit Preisverzeichnis bei, in dem auch Mitteilung gemacht wird von einer Klage der Firma gegen die Redaktion des „Kleinen Journal“. Die Mitteilung lautet wörtlich:

„In Sachen der Firma Carl Lamashke gegen die Redaktion des „Kleinen Journal“ wurde am 6. Oktober vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte verhandelt und mit Rücksicht darauf, daß am 2. August eine ungebührliche Erregung infolge der Mobilmachung vorkam und der zeichnende Redakteur auf Ehrenwort erklärte, daß der beleidigende Artikel ohne sein Wissen versehentlich in die Druckerei gelangte, folgender Vergleich getroffen:

1. der Angeklagte verpflichtet sich, dem Reklamierten die Namen und Adressen seiner Gewährsmänner zu nennen, damit diese sich in gehöriger Weise beim Reklamierten entschuldigen können;
2. der Angeklagte verpflichtet sich, im „Kleinen Journal“ in der gestellten Mittagsausgabe vom 8. Oktober auf der ersten Seite in der gleichen Schrift und Ueberschrift wie den inkriminierten Artikel eine Erklärung zu bringen;
3. der Angeklagte übernimmt die Gerichtskosten und die Kosten der Reklamation.

Namen und Adressen von Gewährsmännern zu nennen, ist sonst in Redaktionen nicht üblich.

Unfälle im Straßenbahnverkehr.

Donnerstagabend gegen 1/7 Uhr fuhr ein Radfahrer namens Siegemann am Alexanderplatz gegen einen Straßenbahnwagen der Linie 71; er wurde umgestoßen und erlitt bei dem Sturz einen Bruch der Wirbelsäule. Zu bedenklichen Zustände mußte der Verunglückte nach dem Krankenhaus Friedrichshagen gebracht werden.

Vor dem Hause Wilmsstraße 22 stieß der Sattler Heinrich Rudzicz, als er einem ihm entgegenkommenden Gefährt ausweichen wollte, gegen die linke Plattenwand eines in gleicher Richtung fahrenden Straßenbahnwagens der Linie 61. Er wurde dabei gegen einen an jener Stelle haltenden Nebelwagen geschleudert und erlitt eine schwere Gehirnerschütterung. Der Verunglückte erhielt auf der nahen Unfallstation die erste Hilfe und fand dann im Rudolf-Virchow-Krankenhaus Aufnahme.

Beim Besteigen eines Straßenbahnwagens verunglückte der Arbeiter Karl Köbel. Als er in der Sophie-Charlottenstraße in Charlottenburg auf einen Bahnwagen der Linie D während der Fahrt aufspringen wollte, glitt er ab und kam zu Fall. Er erlitt leichte Quetschungen an den Hüften und Hautabwühlungen am rechten Arm und an den Beinen.

Wieder Beschlußunfähigkeit in Adlershof.

Die von unseren Vertretern beantragte dringliche Gemeindevertretung beschloß sich am Donnerstag auf neue mit der vom Kriegsausschuß einstimmig vorgeschlagenen Erhöhung der Unterstützungssätze für die Arbeitslosen. Die Vertreter der ersten Abteilung waren nicht anwesend. Bei der Begründung des Antrages stützte der Genosse Klotz auch die Stimmen einiger bürgerlicher Wähler, die das Verhalten der Adlershofer Gemeindevertretung durchaus verurteilt hatten. Diese bürgerlichen Sitze riefen bei den bürgerlichen Gemeindevertretern eine große Entrüstung und derbe Zwischenrufe hervor. Als dann der Redner die Kennerung des Gemeindevertreters Kruse erwähnte — der verlangt hatte, daß bei Mietsanträgen erst nachgefordert werde, ob der Arbeiter nicht Geld nach Hause habe —, brach ein neuer Sturm los, bei dem auch die Vertreter der zweiten Abteilung die Sitzung verließen und dadurch die Beschlußunfähigkeit der Sitzung herbeiführten.

Bedauerlich ist, daß die Arbeitslosen nun noch weitere 14 Tage in der Hoffnung warten müssen, ob die so notwendige Erhöhung der Unterstützung vorgenommen wird.

Mietunterstützung in Tempelhof.

Die Tempelhofer Gemeindevertretung beschloß in ihrer Sitzung am Donnerstag, den Familien der Kriegsteilnehmer eine Mietunterstützung zu gewähren. Die Unterstützung soll 50 Proz. der Miete betragen bis zum Höchstbetrage von 30 M. Sie wird so gestiftet, daß die Frauen ohne Kinder die vollen 50 Proz. erhalten. Frauen mit einem Kinde werden 4 M., mit zwei Kindern 8 M., mit drei Kindern 14 M., mit vier Kindern 20 M. und denen mit fünf Kindern 26 M. in Abzug gebracht. Die Vorlage bringt zum Ausdruck, daß die Kinderreichen Familien, deren Unterstützung eine höhere sei, einen Teil ihrer Kriegsunterstützung zur Deckung der Miete verwenden können. Die von dreiter Seite (G. V. Arbeitgebern) gezeigten Unterstellungen sollen bei der Mietunterstützung voll in Anrechnung gebracht werden. Ebenso soll die Hälfte des eventuellen Einkommens der Frau angerechnet werden. Die Mietunterstützung wird direkt an die Antragsteller gezahlt, nur in besonderen Fällen soll diese den Witwen übermittel werden. Diejenigen Hauswirte, die sich bereit erklären, auf 30 Proz. der Gesamtmiete zu verzichten, erhalten aus Gemeindemitteln die fehlenden 20 Proz. Die Mietunterstützung dürfte eine monatliche Ausgabe von 10000 M. erfordern. Vorkünftig sind 50000 M. bereitgestellt. Genosse Müller beantragte, die Mietunterstützung ohne eine Stafflung in vollen Beträge von 50 Proz. bis zum Höchstbetrage von 30 M. zur Auszahlung zu bringen. Die Kriegsunterstützung sei so bemessen, daß sich die Familien kaum davon ernähren könnten. Ganzlich unmöglich ist es aber, von dieser Unterstützung noch Aufwendungen für Miete zu machen. Er beantragte ferner, auch an Arbeitslose einen Mietzuschuß bis zum Höchstbetrage von 25 M., an arbeitslose Chombrigantinnen und Schlafsuchenden einen solchen von 10 M. monatlich zu zahlen. Außerdem ersuchte der Redner den Gemeindevorstand, der Errichtung einer Speiseanstalt näherzutreten. Er wünschte weiter, daß die Gemeinde zur Verfügung stehenden Vorräten mit Lebensmitteln bebaut und diese an die Einwohnerchaft zum Selbstkostenpreise abgegeben werden. Der Gemeindevorstand entsagte, daß sich der Gemeindevorstand bereits mit der Frage der Errichtung einer Speise-

anstalt befaßt. Wenn es notwendig sein sollte, für Arbeitslose und Gewerbetreibende Mietunterstützungen zu zahlen, so würde die für die Bewilligung von Arbeitslosenunterstützung eingesetzte Kommission dies berücksichtigen. Bei der Abstimmung wurden die Anträge unserer Genossen abgelehnt, die Vorlage des Gemeindevorstandes angenommen. Ein Wunsch unserer Vertreter, für die Erledigung der Mietunterstützungsanträge eine besondere Kommission einzusetzen, wurde nicht berücksichtigt.

Züglingsstippe in Charlottenburg.

Im vorigen Monat ist im Hause Kaiserin-Augusta-Allee 108 in Charlottenburg eine Züglingsstippe mit 15 Betten eröffnet worden. Sie steht unter der Verwaltung und ärztlichen Beaufsichtigung der Züglingsfürsorgestelle V. In der Stippe sollen die Kinder derjenigen ledigen Mütter Aufnahme finden, die tagsüber auf Arbeit gehen und ihr Kind selbst stiften. Den Müttern wird es dadurch möglich gemacht, mit ihren Kindern zusammenzuleben, statt sie in Pflege zu geben. Für die Aufnahme in die Stippe wird von den arbeitenden Müttern ein Betrag von 25 Pf. für das Kind und den Tag erhoben. Die Aufnahmen in die Stippe erfolgen ausschließlich durch die Züglingsfürsorgestelle.

Arbeiterbibliothekare.

Die für Montag, den 7. Dezember vorgesehene Konferenz findet erst am Montag, den 14. Dezember statt.

Kleine Nachrichten. Aus Gram über den Tod ihres Mannes im Felde hat sich die 30 Jahre alte Drechlerfrau Emma Bielefeld aus der Breitswalder Str. 183 mit Leuchtgas vergiftet. — Hillos aufgefunden wurde auf einer Bank in der Veerenstraße der 69 Jahre alte Arbeiter Wilhelm Kluge, Hedmannufer 4. Auf der Hilfswoche am Görtzter Bahnhof konnte nur noch der eingetretene Tod des A. festgestellt werden. Die Leiche wurde beiseitegenommen und nach dem Schauhause gebracht. — Von ihrem Schloßburden befreit wurde die Zimmervermieterin G. in der Charlottenstr. 22a. Der etwa 25 Jahre alte Dieb erkrankte in Abwesenheit der Vermieterin den Schreibtisch und entwendete daraus über 300 M. in Banknoten und für 1000 M. Wertpapiere.

Ueber den Verbleib des Wehrmannes Paul W. d. e., Gräfe Str. 38, der in den ersten Tagen der Mobilmachung dem Grenadier-Regiment 3. 4. Kompanie, in Admingsberg zugeteilt wurde und zuletzt am 23. September aus Suwalki an seine Angehörigen geschrieben hat, fehlt bisher jede Spur. Weder haben die amtlichen Verlustlisten noch die in Frage kommenden Behörden bisher Mitteilung über W. e. machen können. Personen, die Auskunft über den Verbleib geben können, werden gebeten, dies an H. Sobigt, Hildesstr. 42, zu melden.

Der Arbeiter-Wanderverein „Berlin“ veranstaltet am Sonntag, den 6. Dezember, im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engelster 15, einen Vortrag mit Lichtbildern über: „Die Kunstschätze Belgiens und Nord-Frankreichs“. Einlasskarte 20 Pf., Anfang 7 1/2 Uhr.

Schwimmverein „Vorwärts“ Berlin 1897 veranstaltet am Sonntag, den 6. Dezember 1914, ein Besichtigungs-Schwimmfest zum Behen seiner im Felde stehenden Mitglieder. Da dem genannten Verein ein häßliches Bad nicht zur Verfügung gestellt wurde, findet das Schwimmfest im Paffagebad, Renssin, Rothbiter Damm 79, statt. Eröffnung 2 Uhr, Anfang 3 Uhr. Eintritt einschließlich Programm 40 Pf. Nach dem Schwimmfest: Allgemeines Zusammensein im Räckischen Hof, Berlin, Wilmersburger 18c.

Gewerkschaftliches.

Unternehmer und Handlungsgehilfen während der Kriegszeit.

Da das Handelsgesetzbuch für den Arbeitsvertrag der Handlungsgehilfen längere Kündigungsfristen vorschreibt, scheinen die kaufmännischen Angestellten am besten gegen die wirtschaftlichen Folgen des Krieges gesichert zu sein. Das Handelsgesetzbuch schreibt eine Kündigungsfrist von sechs Wochen zum Vierteljahrschluß vor und 1 1/2 als Mindestkündigungsfrist eine monatliche zu, die zum Monatsletzten zu erfolgen hat. Da die Mobilmachung erst am Abend des 1. August bekannt wurde, wären sonach die Handlungsgehilfen vor den wirtschaftlichen Kriegsfolgen bis Ende September gesichert gewesen.

Tatsächlich aber entwickelten sich die Verhältnisse ganz anders. Nach der Mobilmachung gaben zahlreiche Unternehmerorganisationen des Handelsgewerbes an ihre Mitglieder die Anweisung, allgemein die Gehälter der Handlungsgehilfen zu verkürzen. Das geschah nicht nur in den Fällen, wo die Arbeitskräfte der Handlungsgehilfen nur noch teilweise gebraucht wurden. Das geschah vielmehr auch sehr oft dort, wo die Arbeitskräfte nach wie vor voll in Anspruch genommen wurden. Allerdings gab es auch Fälle, wo mit der Gehaltsherabsetzung eine Arbeitszeitverkürzung verbunden war. Alle diese Maßnahmen wurden nicht etwa für die Zeit nach Ablauf der Kündigungsfrist vorgenommen; sie traten vielmehr sofort in manchen Fällen sogar rückwirkend am 1. August in Kraft. Der Schanz der längeren Kündigungsfristen für die Angestellten war auf diesem Wege beseitigt. Nicht selten war es der Fall, daß die Unternehmer ihren Angestellten in der zweiten Hälfte des August einen Verzicht auf die sechsmonatliche Kündigungsfrist vor Quartalsabschluss abnahmen und die monatliche Frist vereinbarten. Manche Unternehmer haben sich sodann nicht gescheut, sofort von dieser kürzeren Kündigungsfrist Gebrauch zu machen und den Angestellten zu kündigen.

Es kann also keine Rede davon sein, daß zwischen den Handlungsgehilfen und den Handelsherren eine Verständigung wegen der wirtschaftlichen Kriegsfolgen herbeigeführt worden sei. Die Unternehmer sind vielmehr ganz einseitig verfahren. Diese Tatsache hat mehrere Militärbehörden veranlaßt, sich durch Bekanntmachungen gegen diese Selbsttätigkeit der Unternehmer zu wenden. Inzwischen sind jedoch die Handelstammern am Werke gewesen, sind bei den Behörden vorstellig geworden und haben den Handelsunternehmern durchblicken lassen, daß die behördlichen Bekanntmachungen nicht so scharf durchzuführen werden würden. Damit sind natürlich die behördlichen Erlasse in ihrem Werte wesentlich beeinträchtigt worden.

Es kann kein Trost für die Handlungsgehilfen sein, daß die Unternehmer, die sich ihnen gegenüber sehr selbsttätig gezeigt haben, andererseits zum Teil sehr große Summen für das rote Kreuz usw. gesammelt haben, denn die Handlungsgehilfen haben eben, daß diese Geschenke an ihren Gehältern erspart worden sind.

In dieser Zeit zeigte sich, daß der Einfluß des freigewerkschaftlichen Zentralverbandes der Handlungsgehilfen in den Kreisen der kaufmännischen Angestellten ein größerer ist, als es seine Mitgliederzahl vermuten läßt. In allen Orten wandten sich

die von rigorosen Kriegsmassnahmen betroffenen Angestellten an ihn und verlangten sein Eingreifen. Das, was in Friedenszeiten selten zu erreichen war, haben wir jetzt in Kriegszeiten oft erlebt. Die kaufmännischen Angestellten, auch soweit sie bürgerlichen Organisationen angehörten, hielten jetzt zum Zentralverband, wenn dieser Massnahmen einleitete, um profitgünstige Unternehmer zur Besinnung zu bringen. Die Erfolge blieben nicht aus. Viele Unternehmer wurden veranlaßt, auf die Forderungen der Angestellten einzugehen. Die letzten Nummern der „Handlungsgehilfen Zeitung“ geben ein Bild von der eifrigen Tätigkeit des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen seit dem Ausbruch des Krieges. Daran dürfte es auch mit zurückzuführen sein, daß die Handlungsgehilfengewerkschaft trotz der schweren wirtschaftlichen Krise sich so gehalten hat, daß sie heute noch ungeschwächt dasteht. Ohne daß sie auf die Mitgliederwerbung bei ihren Aktionen den besonderen Wert gelegt hat, hat sie seit Kriegsbeginn noch ständig Mitglieder aufnehmen können.

Tatsache bleibt allerdings, daß trotz der eifrigen gewerkschaftlichen Betätigung der Handlungsgehilfen noch heute Tausende von ihnen sich Gehaltsföhrungen gefallen lassen müssen, denen keine entsprechende Verkürzung ihrer Arbeitsleistungen gegenübersteht. Sehr unangenehm muß es daher berühren, wenn jetzt der Verband deutscher Handlungsgehilfen eine allgemeine Kundfrage veranstaltet, durch die festgestellt werden soll, wieviel kaufmännische Angestellte von den „erfreulichen Massnahmen einsichtsvoller Firmen“ erfaßt werden. Ist es denn wirklich nötig, die Unternehmer dafür noch besonders zu rühmen, daß sie durch die Militärbehörden oder die Angestellten, die sich energisch wehren, veranlaßt worden sind, Gehaltsföhrungen wieder rückgängig zu machen?

Berlin und Umgegend.

Die Regelung der Verhältnisse in der Geschloßkondition der Jagdgesellschaft am Mittwoch eine Branchenversammlung der Korporation, die in der Gewerkschaftshaus tagte. Neumann gab eine ausführliche Uebersicht über die Schritte, die seitens des Holzarbeiterverbandes zur Besserung der Arbeitsverhältnisse in der Geschloßkondition getan wurden, unter anderem auch bei der Militärbehörde. Der letzten Eingabe, die an das preussische, sächsische und bayerische Kriegsministerium ging, waren die Vereinbarungen beigelegt, die mit der Berliner Innung und auf der Leipziger Zentralleitung des Verbandes selbständiger Korbmachermeister Deutschlands, sowie der Leipziger Innung hinsichtlich der Geschloßkondition getroffen sind. Es wurde in den Eingaben dargelegt, daß dies als die Grundlage für die gewünschte allgemeine Regelung angesehen werde. Es wurde gewünscht, daß man seitens der Militärbehörde Lieferungsbedingungen anordne, die so seien, daß die betreffenden Preise gezahlt werden können, und daß man ferner auf ihre einheitliche Zahlung sehe. Arbeitgeber unterschrieben die Eingabe, so der Berliner Obermeister der Innung.

Eine mündliche Aussprache, die in Spanien erst stattfinden sollte, wurde von der Artilleriekommission dann wieder abgelehnt. Das war vor etwa 14 Tagen. Es kam statt dessen eine schriftliche Antwort des Kriegsministeriums, daß die Angelegenheit an die Feldzeugmeisterei weitergegeben sei, an die man sich auch in Zukunft wenden möge. Der Bescheid der Feldzeugmeisterei ging nun in der Hauptsache dahin: Eine Einwirkung auf Zahlung einheitlicher Löhne für alle Betriebsorte der verschiedenen Gegenden wird abgelehnt. Es sind dagegen Lohnsätze zu gewähren, die einen Tageslohn ermöglichen, der nicht unter den ortsüblichen Durchschnittslohn herabsinkt. Dieser ist natürlich in den verschiedenen Landesstellen verschieden. Die Dienststellen haben Anweisung erhalten, dort einzuschreiten, wo sich dementsprechend eine ungenügende Zahlung herausstellt. — In dem Bescheide wurde noch auf eine Beschwerde über die bayerische Deeresverwaltung Bezug genommen, indem erklärt wurde, sie habe nicht einem Arbeitgeber unterliegt, höhere Löhne zu zahlen wie ein anderer Arbeitgeber, sondern sie habe nur die Anweisung von Arbeitern durch Besprechen höherer Löhne zu verweigern. Der Redner meinte, daß der Bescheid hinsichtlich der Löhne durchaus unbefriedigend sei. Denn danach könnten die nachgeordneten Dienststellen gar nichts dagegen tun, wenn in gewissen Orten infolge durchschnittlich höherer Löhne ein außerordentlich niedriger ortsüblicher Durchschnittslohn für Arbeiter der fraglichen Art bestehe. Von jenen Orten aus erlaube man sich in anderen Orten, namentlich den größeren Städten, eine ähnliche Konkurrenz. Die Zentralkommission und der Vorstand seien der Meinung, daß rechtzeitig Vorträge getroffen werden müssen. Es wird über den Bescheid der Feldzeugmeisterei Beschwerde beim Kriegsministerium unter Darlegung der Gründe erhoben werden. Und man werde versuchen, die Beschwerde durch mündliche Verhandlungen zu unterstützen. Außerordentlich wichtig wäre ferner, daß die Kollegen von zum Verband hielten.

Der Verband der Staats- und Gemeindegewerkschaften gewährt seinen arbeitslosen Mitgliedern sowie den Familien der Kriegsteilnehmer eine Weihnachtunterstützung. Zu diesem Zweck gibt die Hauptkasse 100 000 M. und von den Filialen wird erwartet, daß sie nach Maßgabe ihrer Leistungsfähigkeit zu diesem Fonds beisteuern. Die Filiale Berlin hat 12 000 M. bewilligt, womit sich ihre Mitgliederunterstützung am Donnerstag einverleibt erklärte. Da die Höhe der Beiträge verschiedener Filialen noch nicht bekannt ist, konnte die Höhe der Weihnachtunterstützung, die für den ganzen Verband gleichmäßig sein soll, noch nicht festgesetzt werden. Man nimmt an, daß sie ungefähr auf 10 M. bemessen werden kann. Die Unterstützung erhalten alle Mitglieder, die vom 14. bis 19. Dezember oder schon länger arbeitslos sind, sowie die Frauen derjenigen Mitglieder, die im Felde stehen oder gefallen sind, ohne Rücksicht auf Kriegszeit und Dauer der Mitgliedschaft. Ausgeschlossen ist die Unterstützung nur in den Fällen, wo das Mitglied am Tage der Einstellung beim Militär mehr als acht Wochenbeiträge rückständig war. In Berlin wird die Unterstützung vom 14. bis 19. Dezember ausgezahlt.

Deutsches Reich.

Starke Mitgliederzunahme im Fleischerverband.

Der Zentralverband der Fleischer kann berichten, daß er in den drei Kriegsmonaten 1112 neue Mitglieder gewonnen hat. Das ist um so erfreulicher, weil gerade von Fleischerberberband ein außerordentlich hoher Prozentsatz von Mitgliedern zu den Waffen gerufen wurde. Nach der letzten Zusammenstellung vom 31. Oktober waren es 58,4 Proz. Die Konjunktur im Fleischerberberband ist gegenwärtig gut, die Arbeitslosigkeit gering. Das Fleischerberberband hat einen riesigen Bedarf an Fleischkonserven. War es 1870/71 die Erdwürst, die bei der Verpflegung der Truppen eine große Rolle spielte, so ist an deren Stelle jetzt das konservierte Fleisch getreten. Diese neue Industrie hat Großbetriebe geschaffen, die bisher im Fleischerberberbande gänzlich unbekannt waren. Den größten Betrieb dieser Art unterhält das bekannte Warenhaus H. Wertheim-Berlin. Es werden dort nicht durchgängig geklebte Fleischgerichte bestrahlt, wie in allen Großbetrieben sind Lungen trägt allerdings auch dazu bei, daß Angelernte vielfach beschäftigt werden.

Für den Fleischerberberband sind die Schwierigkeiten, die der Krieg

für alle Gewerkschaften gebracht, trotzdem noch leidetwegs behoben. Die Arbeitslosigkeit wird in diesem Gewerbe erst nach dem Kriege einleken, wenn die jetzt im Felde stehenden Mitglieder zurückkehren und wenn die jetzt entstandenen Fleischkonservenfabriken ihre Porten wieder schließen, die ja doch nur ein Provisorium für den Kriegsbedarf bilden.

Aus der Partei.

Der Sozialismus in Porto Rico.

Zum ersten Male hat die junge sozialistische Partei Porto Ricos am 3. November an öffentlichen Wahlen teilgenommen. Und gleich gelang es ihr, in Arecibo, einem Mittelpunkt der Tabak- und Zuckerindustrie, einen sozialistischen Bürgermeister sowie den Redakteur des Gewerkschaftsorgans als Mitglied des Landtages durchzuführen. Sonst war von der Partei nur noch ein weiterer Kandidat aufgestellt, der aber unterlag. — Seit Porto Rico zu den Vereinigten Staaten gehört, wird eine „Verwaltung“ aus elf Mitgliedern bestehend — bisher in der Mehrheit Unbekannte — von der Regierung der Vereinigten Staaten eingesetzt. Daneben besteht der Landtag, der 35 Abgeordnete, je fünf aus sieben Bezirken, zählt.

Aus Industrie und Handel.

Krieg und Außenhandel.

Das russische Zolldepartement veröffentlicht interessante Angaben über den Handel Russlands mit seinen Gegnern und Verbündeten. Danach stellt sich die Ausfuhr im Durchschnitt der letzten fünf Jahre: nach Deutschland auf 435 Millionen Rubel, nach Oesterreich-Ungarn auf 63,4 Millionen Rubel. Die Einfuhr aus Deutschland bezifferte sich auf 497 Millionen Rubel und aus Oesterreich-Ungarn auf 33 Millionen Rubel im Jahre. Der gesamte Handelsverkehr Russlands mit den beiden Zentralmächten belief sich danach im Durchschnitt auf 1029 Millionen Rubel oder fast 2 1/2 Milliarden Mark im Jahre.

Die Ausfuhr aus Russland nach Großbritannien belief sich in derselben Zeit auf 207 Millionen Rubel und nach Frankreich auf 94 Millionen Rubel im Jahr, während die Einfuhr aus Großbritannien nach Russland sich auf 150 Millionen Rubel und aus Frankreich auf 56 Millionen Rubel bezifferte. Der gesamte Handelsverkehr Russlands mit den beiden verbündeten Mächten belief sich also auf 607 Millionen Rubel oder auf nur über die Hälfte des Handelsverkehrs mit den jetzt in Russland im Kriege liegenden Zentralmächten.

Ein ähnliches Bild würde sich ergeben, wenn man den Handel Englands und Frankreichs mit den verbündeten und gegnerischen Staaten vergleicht würde. Das bemerkenswerteste Kennzeichen des jetzigen Krieges besteht eben darin, daß gerade die Staaten, die wirtschaftlich am engsten mit einander verknüpft sind und deren Wirtschaftsverfassung ein Zusammenarbeiten erfordert, gegenwärtig in feindlichen Lagern stehen und sich gegeneinander zuweilen. Natürlich sind es auch gegenseitige wirtschaftliche Interessen: der Kampf um äußere Märkte, der Kampf um die Welthandelsströme usw., die dem Weltkrieg zugrunde liegen, aber wie klein sind diese Märkte, wie eng die in Betracht kommenden Interessentkreise in jedem Lande gemessen an dem gewaltigen Umfang der Märkte und der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in den großen kapitalistischen Staaten, die jetzt erbittert gegen einander kämpfen.

Soziales.

Zum Lehrlingsverhältnis.

Aus welchen wichtigen Gründen sich oftmals Lehrherren ihren Verpflichtungen dem Lehrling gegenüber zu entziehen suchen, ging aus einer gestern vor dem Gewerbegericht geführten Verhandlung über eine Lehrlingsklage hervor.

Die Firma **Bichsel**, Seefraße, hatte einen Schloßlehrling, der seit dem 7. April 1913 bei ihr in Lehre stand, am 24. Oktober dieses Jahres plötzlich entlassen. Als Grund gab sie an, der Kläger sei ungehörig und faul gewesen und habe ihr wiederholt und mit Absicht Schäden zugefügt. Der Lehrling machte mehrfach in vierzehntägigen Perioden von 3 Uhr nachmittags bis 12 Uhr nachts, angeführt mit befürdlicher Genehmigung, arbeiten. Obwohl er erst seit Mai in der Treiberei ausgebildet wurde, hatte er schon drei Treibbänke dauernd in Gang zu halten und Granaten zu drehen. Seine Faustzeit wird von dem Firmeninhaber nun darin erblickt, daß er in einer solchen Nachtschicht anhalt 60 nur 36 Granaten fertig bekam. Darin soll auch die Geschäftsschädigung liegen, denn von des Lehrlings Arbeit gingen etliche andere Arbeiter ab. Weiter soll der Lehrling 8 Granaten im Werte von 40 M. durch falsche Bearbeitung undrausbar gemacht haben. Der Beslogte V. machte geltend, daß dem Lehrling eine Kontrolllehre nicht zur Verfügung stand. Angehörig sollte der Junge insofern gewesen sein, daß er davonloste, als ihm sein Meister wegen zu langen Verweilens auf dem Abort zur Rede stellen wollte.

Die Firma wurde verurteilt, das Lehrverhältnis fortzusetzen und für inzwischen verfloßene 6 Wochen je 6 M. Rückgeld zu zahlen. Das Gericht sah die angeführten Gründe nicht für ausreichend an. Vor allem mußte für genügende Beaufsichtigung gesorgt werden, wenn von des Lehrlings Arbeit soviel abhing.

Die Vierzigjährigen als Soldaten und Industriearbeiter.

Mit dem 40. Jahr kommt für den modernen Industriearbeiter die Majorität, der entscheidende Wendepunkt; er wird als zu alt aus dem kapitalistischen Apparat ausgeschlossen und kann nur noch an den Außenschlägen des Betriebes als schlechtbezahlter Hilfsarbeiter Arbeit finden.

Diese Feststellung machte auf einer der letzten Generalversammlungen des Vereins für Sozialpolitik Prof. Weber und zwar als Resultat von umfangreichen Untersuchungen über Anpassung und Auslese der Arbeiter der Großindustrie.

Wenn auch Einzelheiten der Darstellung angezweifelt sind, so ist das Resultat offiziell als richtig bestätigt worden. Das „Reichsarbetsblatt“ drohte, wie wir erwähnten, kurz vor dem Kriege hinsichtlich Material, das die Vierzigjahressgrenze der Industriearbeiter im wesentlichen bestätigt.

Die Ursachen liegen in dem Industrialismus, der sich fortschreitend rationalisiert. Die Produktion wird durch die Maschinenwirtschaft immer mehr verfeinert. Die Maschine ist ein effizienter Arbeiter, der den Menschenarbeiter von seinem Maße löst. Immer bringt die Maschinenwirtschaft auch eine Arbeitsverdrängung hervor. Das Argument ist nicht richtig, daß in demselben Umfang die Absatzquellen steigen, wie die Produktivität der Arbeit in die Höhe geht. In Wirklichkeit geht der Verbrauch des Menschen im Industriebetrieb relativ zurück.

Die moderne Maschinenwirtschaft zwingt aber zur Erhöhung

Ausnutzung der Produktion. Die Anschaffung der neuen Maschinen ist kostspielig, die Betriebsmittel müssen sich amortisieren, und werden voll auszunutzen gesucht. Der Maschinenrhythmus zwingt auch den Industriearbeiter in eine intensive Tätigkeit hinein.

Es findet eine Auslese der Industriearbeiter statt in dem Sinne, daß immer nur noch die jungen, unverbrauchten Arbeitskräfte verwendbar sind. Und so sind wir in der deutschen Industriepolitik überall zu der Tatsache gekommen, daß einem Arbeiter mit 40 Jahren, der an der Tür einer Fabrik um Arbeit anfragt, wegen seines Alters ein abschlägiger Bescheid gegeben wird.

Nun ist der Krieg da.

Und da müssen nicht nur die jungen Arbeiter Maschinen und Werkzeuge stehen lassen und sind nach Osten und Westen als Soldaten eingezogen worden, sondern auch die Vierzigjährigen liegen heute in den Schützengräben und haben alle Strapazen und Härten des Krieges zu überleben.

Hier liegt ein Widerspruch. Unter den vierzigjährigen Männern, die als gebienter Landsturm ihre Pflicht tun und alle Strapazen des Krieges zu tragen haben, befinden sich Industriearbeiter, die zu Hause als zu alt in Friedenszeiten keine Arbeit mehr bekommen können. So wird denn auch das eine sozialpolitische Frage sein, Vorsorge zu treffen, Schutzkassen und Dämme gegen das rationalisierte Arbeitssystem der heutigen Industriewirtschaft aufzurichten, damit die Arbeiter als Schaffende nicht zu früh aus dem wirtschaftlichen Organismus ausgeschaltet werden. Wie soll ein Volk stark bleiben, wenn es sich in seinen breiten Schichten zu früh verdaugt?

Für die Weihnachtserleichterung des Charlottenburger Arbeiter-Kinderorts sind von den Arbeitern der Firma **Loeb u. Co.**, Frlschstraße, 100 M. gesammelt worden, die zur Weihnachtserleichterung der Kinder unterer Kriegsteilnehmer und Arbeitslosen beitragen werden.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 6. Dezember, vorm. 9 Uhr. Voppel-Alter 15-17; Neulän. „Idealbühne“; Frau. Bahndorfstraße 15 und Ober-Schönweide, Alarakt 2; Freireligiöse Versammlung — Sonntags 11 Uhr. Kleine Franzfurter Str. 6; Vortrag von Herrn Dr. D. Daffe: „Die 80 Jahre der kirchlichen Annahme.“ (Der „Sollabus“). Damen und Herren als Gäste willkommen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten **Freitag, 3. IV. 1914**, rechts, vorher, am Montag bis Freitag von 3 bis 6 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Eintrag ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Freiliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsentwältigung beigelegt ist, werden nicht beantwortet. Giltige Fragen trage man in der Sprechstunde vor. **Verträge, Schriftstücke und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.**

N. V. 30. Stellen Sie Antrag beim Schöffengericht. — **B. 1000.** Reichen Sie sich nachträglich beim Bezirkskommando. — **Invalide I.** Wenn Ihr Sohn für Ihren Unterhalt gesorgt hat, haben Sie Anspruch auf Unterstüttung. — **G. 62.** Verfährt in zwei Jahren. — **C. R.** Sprechen Sie mit Ihren Anwaltskanten in der juristischen Sprechstunde vor. — **N. G. 32.** Stellen Sie bei der Steuerkasse Antrag auf Rückzahlung. — **J. M. 15.** Sie sind wegen allgemeiner Körperlicher Dienstunbrauchbarkeit zur Disposition der Kriegsbehörden entlassen, können aber wieder eingezogen werden. — **G. F. V. 23.** 1. Reim. 2. G. — **B. 100.** Reim. — **N. G. 330.** Bezeichnen Sie sich zunächst beim Reichspostamt, Leipziger Strasse.

Weiterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonntagmittag: Heftig milb. Im Südosten vielstark heiter, aber veränderlich. Am Westen und längs der Küste überlegend bewölkt und an tiefen Orten etwas Regen.

Gewerkschaftshaus.

Sonntag, den 6. Dezember 1914:

Arbeiter-Wanderverein Berlin.

Im großen Saale: Lichtbilder-Vortrag:

Die Kunstschätze Belgiens und Nordfrankreichs. — Eröffnung 6 Uhr. — Anfang 7 1/2 Uhr.

Sonntag, den 6. Dez.

Abends: Gedek a 1 M.

Siebert-Jubiläumsfeier. Gähnerklappe Gleichzeitige mit Part.

Ein Nierenposten Bierland. Laß mit Butter

Enten. Kalbsbrühe mit Edel-Gemüse

Hirische u. Hammel. Prager Schweineschinken in Burgunder

mit Grün- u. Rotkohl. Steyrerische Gule

Sonntagabend: Doppel-Konzert. Kammermusik

Größer Posten Schweine u. Braunschweiger Wurstläder u. Rost a Port. 70 Pf. Rotbeef

Größer Posten Gänse mit Rotkohl a Portion 80 Pf. Kompott oder Salat

Rehrücken mit Grünkohl a Portion 80 Pf. Zerle oder Röh.

Das gebrühte Publikum wird höflich darauf aufmerksam gemacht, daß auch die Hochparterre-Bälle restaurationsmäßig gedeckt sind.

Konzert der Tegerseeer Bauernkapelle.

Speisen werden zum selben Preise wie im Restaurant serviert.

Warme Küche bis 1 Uhr nachts.

Zur gef. Beachtung: In den Weihnachtstagen keine Preisänderung.

SINGER NÄHMASCHINEN

für Hausgebrauch und für den Erwerb

die praktischsten und zeitgemäßesten

Weihnachtsgeschenke!



Erleichterte Zahlungsbedingungen.

Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.

Berlin W. S., Leipziger Straße 92.

Filialen in allen Städten.

Leihhaus Moritzplatz 58a

kaufen Sie von Kavaliere wenig getragene sowie im Versatz gewesene **Jackett- und Rock-anzüge, Paletots, Ulster, Serie I: 10-18 M., Serie II: 20-30 M.**, größtenteils auf Seide. Ferner Gelegenheitskäufe in **neuer Maßgarderobe**, enorm billig. **Kleider, Kostüme, Plüschmütel**, auf Seide, früher 150, jetzt 80-35 M. **Große Posten Pelz-stolas in Skunks, Marder, Nerz, Füchsen**, früher bis 200, jetzt 20-75 M. **Große Auswahl in Herren-Gehelpen**, Gelegenheitskäufe in **Damen-, Reise- und Wagen-Pelzen**. Extra-Angebot in **Lombard gewesener Teppiche, Gardinen, Portieren, Betten, Wäsche, Brillanten, Uhren und Goldwaren** zu enorm billigen Preisen. **Vorwärtsler erhalten 10% extra.**

